

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3.50 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Betriebs-  
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Sonntage.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf. für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Donnerstag, den 13. September 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Der Kriegsrat der Bauherren.

Dresden, den 11. September 1900.

Dem Delegiertentag des Innungsverbands deutscher Baugewerksmeister folgte heute die zweite Generalversammlung des Arbeitgeberbunds für das Baugewerbe. Keuferlich trug die heutige Versammlung ganz das Gepräge wie die gefrige; man sah dieselben Gesichter und auch am Vorstandstisch bemerkte man zum Teil die Herren, die beim Innungstag dort saßen. Der Geist der Eintönigkeit und der Langeweile, der am Montag vorherrschte, war jedoch verschwunden, um den Scharfmacherbestrebungen Platz zu machen, die heute völlig unterhält und lebhaft zu Tage traten. Umstern war man bemüht, die künstlerischen Ideen im Gefehespläne umzunutzen, heute hielten die Vertreter des Unternehmertums im Baugewerbe Kriegsrat über die zukünftige Taktik im rücksichtslosen Kampf gegen die Bauarbeiter.

Eingeleitet wurden die Verhandlungen des Arbeitgeberbunds mit einem

#### Vericht über die Entwicklung des Arbeitgeberbunds

den der Vorsitzende, Baumeister Jellisch aus Berlin erstattete. Demnach besteht der Bund gegenwärtig aus 104 Vereinen gegen 66 im Vorjahr. Die im vorigen Jahr in Karlsruhe beschlossene Kriegsklasse ist verwirklicht worden; es sind bereits 18 800 M. eingezahlt worden, darunter aus Berlin 6000 und Dresden 2000 M. Durch Wanderredner sollten die Arbeitgeber im Baugewerbe von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses überzeugt werden, Redner ständen auch zur Verfügung, es sei aber bedauerlich, daß sich so wenig Verlangen danach bemerkbar mache und große Städte, wie München, Hamburg u. a. eine ablehnende Haltung gegen den Bund einnehmen. Redner schildert hierauf den Stand der Unternehmersonorganisation in den einzelnen Ländern und meint, es sei wenig Anlaß da, mit den erzielten Resultaten zufrieden zu sein. In einzelnen Landesstellen mache sich eine direkte Abneigung gegen den Bund bemerkbar; das gelte besonders von Bauherren. Lokalverbände kämen zumeist erst dann zu Stande, wenn ein größerer Streik ausgebrochen ist, das sei falsch. Wir befinden uns in im Krieg, dazu brauchen wir Soldaten; ein im Moment des Gefehes geschaffenes Volksherr kann und wenig nützen; wir brauchen kampfsfähige Truppen, sonst werden wir die ersten Schlächten immer verlieren. Darum müssen wir auch im Frieden rüsten, um im Kampfe, der uns aufgedrungen wird (?), gerüstet zu sein. (Beifall.)

Ein weiterer schwerer Fehler ist, daß bei Streiks und Aussperkungen ausländische Arbeiter eines Bezirks von Arbeitgebern anderer Städte aufgenommen werden. Das kann und darf so nicht weiter gehen. **Gemeinschaftliche Maßregeln gegen Streikende muß unsere Hauptaufgabe werden.** Leider ist erst aus letzter Zeit zu melden, daß ausländische Arbeiter in großer Zahl in Arbeit genommen wurden. (Rufe: Namen nennen! Dazig!)

Ein weit verbreiteter Irrtum ist es, die Listen (gemeint sind die schwarzen Listen) als einziges und sicher wirkendes Mittel gegen die Anstellung streikender Arbeiter zu betrachten. Die Erfahrung hat längst gelehrt, daß dies nicht der Fall ist und der Augen in keinem Verhältnis zu den hohen Kosten steht. Es giebt ein anderes Mittel, das weit einfacher und weniger kostspielig ist: **Stellen Sie keine Arbeiter ohne ordnungsgemäßes Abgangszeugnis ein!** (Sehr richtig!) Weisen Sie jeden Gefellen zurück, dessen Papiere nicht ordnungsgemäß sind!

Der Vorstand hat sich die Förderung der Bundesinteressen in jeder Beziehung angelegen sein lassen. Eine gute Wirkung hatten besonders kurz gefasste Artikel, die wir Redaktionen übermitteln und die durch die Presse Verbreitung fanden. Dadurch ist vielfach der Anstoß zur Gründung von Lokalverbänden gegeben worden. Es bleibt jedoch noch viel zu wünschen übrig. Wie früher, so hat auch in diesem Jahre der Bund Aufgaben über Löhne eingefordert und die verschiedenen Lohnsätze zusammengestellt. — Im Mai d. J. gelangte durch den Bundesvorstand eine Eingabe an Behörden und städtische Körperschaften zur Aufnahme der Streikklausel in Bauverträge. Darin haben wir nachgewiesen, wie notwendig die Aufnahme der Klausel ist. Und ich kann hier nur besonders hervorheben: Die Streikklausel ist eine der wichtigsten Aufgaben des Arbeitgeberbunds, sie wird uns Frieden und Ruhe bringen.

Lassen Sie mich zum Schluß nochmals darauf hinweisen, daß es notwendig ist im Frieden den Krieg vorzubereiten. In erster Linie gilt es, Maßregeln zu treffen, die die Verschärfung Streikender verhindern; d. h. wir müssen dem Feinde (gemeint sind die Arbeiter) das Wasser abgraben; dann aber müssen wir auch die Streikklausel zur Geltung bringen. Das sind unsere nächsten und wichtigsten Aufgaben, deren Durchführung wir sofort in Angriff nehmen müssen. (Beifall.)

In der Debatte über den Vericht, der eine Fanfare in des Wortes wirtlicher Bedeutung war, bemerkt

**Lachmann:** Alle bisher gemachten Vorschläge werden die Einstellung streikender Arbeiter nicht vollständig verhindern. Was nützen uns Listen und sonstige Antiveisungen, wenn die Polizei, die Arbeiter einstellen, die Anordnungen nicht befolgen. Sehr viele Bauherren beschäftigen gegen ihren Willen Streikende. Hier kann nur gründlich Abhilfe herbeigeführt werden, wenn man die Lokalverbände verpflichtet, besondere Controleure anzustellen, die auf Grund der Listen und sonstigen Materials vorgehen und den Baumeistern Mitteilung machen. Dann erst werden wir die anderweitige Beschäftigung Streikender radikal verhindern können.

**Kurz:** Berlin: Ich habe mit eine Liste sämtlicher bei mir beschäftigten Arbeiter aufgestellt, die sich mit Hilfe der Invalidenpartei sehr leicht ansichten läßt. Wenn ich viele mit den Verzeichnissen Streikender vergleiche, ist es leicht festzustellen, ob unter meinen Leuten ein Streikender ist.

**Müller-Rassel:** Der Ablehnen ist die sicherste Kontrolle.  
**Weiser:** Dresden: Die Kontrolle darüber, ob sich unter den beschäftigten Leuten Streikende befinden, kann durch die Invalidenpartei erfolgen. Aus dieser ist zu ersehen, woher der Arbeiter kommt; ist in der betreffenden Stadt ein Ausländer, so weiß ich, es ist ein Streikender.

Nachdem noch mehrere Redner zur Sache gesprochen, bringt Lachmann folgenden Antrag ein:

„Die Lokalverbände werden verpflichtet, durch ständige Controleure feststellen zu lassen, ob Arbeiter aus Streikorten auf Bauten eingestellt worden sind.“

Einige Redner aus kleinen Städten sprechen dagegen und einer beantragt, statt „werden verpflichtet“ „wird empfohlen“ zu setzen.

**Weiser:** Dresden: Ich bin entschieden gegen die Schwächlichkeit, wie sie in der vorgeschlagenen Aenderung zum Ausdruck kommt. Wir müssen ganz entschieden vorgehen, wenn wir etwas erreichen wollen, und von den Socialdemokraten lernen. (Beifälliger Beifall.)

**Himmermann und Korn,** beide aus Stettin, schließen sich Weiser an.

**Böbler:** Berlin: In Berlin ist diese Kontrolle bereits eingeführt und sie hat sich bewährt. Es sind zu diesem Zweck zwei besondere Beamte angestellt worden, die auch noch zu anderen Zwecken benutzt werden. Es kommen Sachen vor unter den Arbeitern, die später noch einmal benutzt werden können. Es wird sich empfehlen, die hier vorgeschlagenen Controleure in gleicher Weise zu beschäftigen.

**Albrecht:** Großsch. beschwert sich darüber, daß im Frühjahr die Mehrzahl der Bauhandwerker aus den kleinen Städten nach den großen zieht.

Darauf wird der Antrag Lachmann einstimmig angenommen.

#### Vericht über den Verlauf der diesjährigen Arbeitseinstellungen.

Ueber diesen Punkt referierte Ratshaumeister Simon-Breslau. Der Herr unterzögt sich vorteilhaft von der übrigen Gesellschaft. Er ist ein ebenso entschiedener Verfechter seiner Klasseninteressen wie Jellisch und andre; es durchwehte aber seine Ausführungen ein Zug von Liberalität, und der Gang zu brutalen Maßregeln trat bei ihm weniger als bei den übrigen Rednern hervor.

Ueber die diesjährigen Streiks führte er zunächst aus, daß 202 Arbeiterstreiks und 131 Ausstände der Zimmerer zu verzeichnen waren. Von ersteren waren für die Arbeiter 119 von Erfolg, 41 erfolglos und die übrigen mit teilweisen Erfolgen begleitet. Von den Zimmererstreiks verließen 84 glänzlich für die Arbeiter, 24 unglücklich, die übrigen brachten den beteiligten Arbeitern teilweisen Erfolg. Die Zahl der Streiks wäre zurückgegangen und es seien auch nicht so erregte Stämpfe wie in früheren Jahren zu verzeichnen gewesen, dagegen war die Beobachtung zu machen, daß kleine Orte und das flache Land stärker als früher beteiligt waren. Es haben sehr viele Ausstände nur eine Dauer von 3—14 Tagen gehabt; dann hätten die Bauherren nachgeben müssen. Wenn man nicht stark genug zu entschiedenem Widerstande sei, sollte man es gar nicht erst zum Streik kommen lassen. Es erwecke auch den Anschein, als wüßten manche Bauherren nicht recht zwischen berechtigten und unberechtigten Forderungen zu unterscheiden und verfolgten das Prinzip, jede Forderung abzulehnen. Das sei falsch. Zu einem siegreichen Ausstände sei die Sympathie des Publikums nötig. Diese sei aber nicht zu erwarten, wenn berechnete Forderungen der Arbeiter abgewiesen würden, da wir eine schlechte Konjunktur zu erwarten haben, würde die Frage der Lohnherabsetzung wieder aktuell. Man solle aber nur da mit Kürzungen vorgehen, wo die günstige Periode zu übermäßig hohen (?) Löhnen geführt habe.

Sehr wichtig ist die Frage: mit wem sollen wir bei Streiks verhandeln? Das hängt ganz davon ab, wie die Organisation beschaffen ist; wenn, wie in Breslau, von 2500 Mannern 2000 organisiert sind, hat es keinen Zweck zu sagen: ich erkenne die Organisation nicht an. Diejenigen, die unter solchen Verhältnissen mit Vertretern der Organisation nicht verhandeln wollen, rufen ganz unberechtigterweise Differenzen nach. Eine große Anzahl Streiks sind entstanden, weil die Kollegen sich getraut haben, mit der Organisation zu verhandeln. Wir wollen doch ehrlich sein! Wären wir Arbeiter, würden wir ebenfalls das Bedürfnis nach Organisation haben. Deshalb ist es falsch, sich auf den Standpunkt zu stellen, mit Vertretern der Organisation nicht zu unterhandeln.

Ist es zu empfehlen, Verträge auf längere Zeit mit den Arbeitern abzuschließen? Ich halte dafür, mit verständigen Leuten die Löhne nur immer für ein Jahr abzuschließen. Berechnete Ansprüche soll man bewilligen. Wir dürfen uns nicht verschweigen, daß noch viel zu bessern ist. Wie sieht es auf vielen Bauten auf den Aborten und mit sonstigen Einrichtungen aus. Ist es nicht bedauerlich, daß die Behörden erst durch Verordnungen viele Bauherren an ihre Pflicht erinnern mußten? Ich bin auch der Meinung, daß man nach und nach dazu kommen kann, die Arbeitszeit zu verkürzen. Streiks sollte man möglichst vermeiden. Er mag ausgehen, wie er will, er schädigt auf alle Fälle auch die Bauherren. Wir in Breslau haben sehr gute Resultate durch Verhandlungen mit der Organisation, die von verständigen Leuten geleitet wird, erzielt. — Aufgabe des Arbeitgeberbunds ist es ebenfalls, auf gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen hinzuwirken; es muß der Gefahr vorgebeugt werden, daß durch rücksichtslose Lohnherabsetzungen eine Salubritätskonkurrenz eingeleitet wird. Redner bricht schließlich noch eine Lanze für die Streikklausel und fordert zum Zusammenschluß im Arbeitgeberbund auf. — Auf diese Weise rettet er noch einen schwachen Beifall, denn die Versammlung, die sich sonst sehr lebhaft geberdete, hatte bei dieser Rede vielstündiges Schweigen beobachtet.

Au diesen Vortrag schloß sich eine nennenswerte Diskussion nicht.

#### Streikklausel.

**Westphal:** Steglitz, der Referent über diesen Punkt, machte sich seine Aufgabe leicht. Mit viel Lungenkraft aber wenig Argumenten erklärte er die Streikklausel für unbedingt nötig. Diese sei eine Waffe gegen die Socialdemokratie. Wenn die Führer wüßten, daß die Verträge Streikklauseln enthielten, würden sie es sich erst überlegen, ob sie zum Streik gehen sollten. Ohne die Streikklausel sei es sehr schwer, gegen unberechnete Forderungen anzukämpfen. Entschiedenem Vorgehen sei unbedingt nötig. In Berlin sei man durch einen Vertrag mit den vereinigten Mörkelwerken ja glücklich soweit gekommen, daß Baumeister, die nicht im Bunde sind, keinen Mörkel mehr geliefert bekommen. (Stürmischer Beifall.) So entschieden müsse man allerorts operieren.

Schließlich gelangt folgende vom Vorstand des Bunds angeordnete Resolution einstimmig zur Annahme:

„Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe steht auf dem Standpunkt, daß die obligatorische Einführung der Streikklausel eine absolute Notwendigkeit ist. Der Vorstand wird ermächtigt, den Termin für die Einführung festzusetzen.“

Rummehr erfolgt die Regelung einiger geschäftlicher Angelegenheiten, die uns nicht interessieren. Darauf wurde die Generalversammlung der Scharfmacher im Baugewerbe geschlossen.

Die nachte rücksichtslose Interessenvertretung der Unternehmer, die sich gegen die aufstrebende Gewerkschaftsbewegung mit allen Mitteln wehren, die ihnen die wirtschaftliche Rechtstellung und die politische Kunst der herrschenden Klassen im Staat gewährt, kommt hier zum Ausdruck. Keine Anerkennung einer nur mäßig angebotenen rechtlich gleichen Stellung der Arbeiter findet Gehör, nur wenn sich die Herrschaftselite gegen die Arbeiterklasse in krasser Form ausstoben können, regt sich bei den Herren ein Gefühl inniger Genugthuung. Wie das Unternehmertum über die Arbeiter denkt, dafür bieten die Verhandlungen einen lehrreichen Beitrag, die Arbeiter im Baugewerbe im besonderen wissen nunmehr, was ihnen droht, wenn sie nicht tren zur Fabrik der Organisation halten. Das ist die Macht, die den Plänen der Unternehmer Maß und Ziel setzen kann.

### China.

„Eine besondere Stellung unter den Mächten“ nimmt Deutschland in der chinesischen Angelegenheit ein, so erklärt die „Münch. Allg. Ztg.“ in einer Korrespondenz aus Berlin „von erstinformierter Seite“ behufs Begründung der Ablehnung des russischen Vorschlags seitens der deutschen Regierung. Die „besondere Stellung“ soll Deutschland der Ermordung seines Gesandten danken, die außerordentliche Sühne erfordere. Das Verhalten der deutschen Regierung bestätigt, daß die Auffassung einer besonderen Stellung allerdings bei ihr besteht und doch ist sie bis heute noch nicht in der Lage gewesen, der Öffentlichkeit irgend welche Mitteilung über die Ursache der Ermordung des Herrn v. Ketteler und die Vorgänge bei dieser That zu geben. Nach einer Schilderung, die jetzt der „Asiatische Lloyd“ verbreitet, ist Freiherr v. Ketteler überhaupt nicht durch planmäßige chinesische Vorbereitung und Leben gekommen, sondern durch einen Zufall inmitten der Unruhen in den Straßen von Peking. Wäre diese Darstellung aber auch unrichtig, so darf das Mißgeschick, das die deutsche Gesandtschaft noch schlimmer betraf als die Gesandtschaften anderer Staaten, nimmermehr dazu führen, daß wir in China die Politik einer „besonderen Stellung“ fortsetzen, die in keiner Weise unseren Interessen entspricht, die dem deutschen Namen besonderen Schatz eintragen und den deutschen Handel auf lange Zeit schwer schädigen muß.

Auch sonst dauert der Nachrichtenmangel fort. Die Spalten der Blätter werden gefüllt mit allen möglichen Nachrichten, die sich gegenwärtig aufheben oder keinerlei Gewähr der Glaubwürdigkeit bieten. Allerdings kommt — soweit es sich um die Anbahnung der Friedensverhandlungen handelt — die Nachlässigkeit eines Teils der Mächte, besonders Englands, hinzu. Ueber die Haltung der französischen Regierung verbreitet die „Agence Havas“ folgende ihr aus Petersburg zugehende Privatdepesche und nur unter Vorbehalt:

„Die französische Regierung hat der Erklärung Russlands bezüglich des Mitzugs von Peking nach Tientsin zugestimmt. Die französische und die russische Regierung sind über diesen Punkt völlig in Uebereinstimmung. Die Gesandten Pichou und v. Giers, sowie die Generale Frey und Lenowitsch haben telegraphisch die Weisung erhalten, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, um sich von Peking nach Tientsin zu begeben, sobald dies die Umstände gestatten.“

Amerika zeigt weiter seine Bereitwilligkeit, Friedensverhandlungen zu Stande zu bringen. Aus Washington meldet das „Reuterische Bureau“:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten beantwortete das Edikt, durch welches Li-Hung-Tschang zur Führung der Friedensverhandlungen ermächtigt wird, und bemerkte, sie fühle sich nicht veranlaßt, sich in irgend einer Weise über ihre Meinung betreffend die Vollmacht Li-Hung-Tschangs zu äußern, hoffe aber, dieselbe werde sich als völlig ausreichend erweisen, nicht allein für die Zwecke der Unterhandlung, sondern auch insofern, daß sie ihn in den Stand setze, sofort Garantien dafür zu leisten, daß Leben und Eigentum der Amerikaner hinfür im ganzen chinesischen Reich geschützt werden.“

Absolute Garantien für die völlige und dauernde Vernichtung der chinesischen Bevölkerung kann natürlich niemand, auch nicht Li-Hung-Tschang bieten. Zur Erreichung dieses Ziels haben vor allem die in China fremden Mächte den Chinesen durch eine Politik der Friedfertigkeit mit gutem Beispiel voranzugehen. Die Politik der Einschüchterung, der Beherrschung Chinas mit schwerer Kriegskonttribution, die insbesondere in Deutschland befürwortet wird, kann nicht zu gutem Ende führen.

Ueber das Vermittlungsverf. liegen noch folgende Mitteilungen vor:

**Peking, 4. September.** Prinz Tsching hatte eine Zusammenkunft mit Sir Robert Hart; das Ergebnis derselben wird geheim gehalten, doch erwartet man in einigen Tagen Aufschlüsse. Prinz Tsching hat die gleichen Vollmachten wie Prinz Kung im Jahre 1890, er überbrachte ein kaiserliches Dekret mit besonderen Anweisungen an Hart vom Kaiser.

**London, 11. September.** Wie das „Reuterische Bureau“ erfährt, werden in dem kaiserlichen chinesischen Edikt, durch welches die Friedensunterhändler ernannt werden, Prinz Tsching und Li-Hung-Tschang, sonst aber kein anderer namhaft gemacht.

Washington, 12. September. Der Legi des von dem Generalen Wu-Ling-Kang dem Staatsdepartement überreichten kaiserlichen Edikts, durch welches Li-Chung-Tschang außerordentliche Vollmachten für völlige Beilegung der gegenwärtigen Unruhen in China verliehen werden, lautet folgendermaßen: Li-Chung-Tschang, bevollmächtigter Gesandter, wird hierdurch beauftragt mit voller diskretionärer Gewalt. Er soll auf alle Fragen gewissenhaft eingehen, welche Aufmerksamkeit erfordern. Wir können von hier aus sein Handeln nicht kontrollieren.

### Die Situation in Peking.

Tientsin, 9. September. Gestern brach eine gemischte Streitmacht (Engländer, Russen, Italiener, Japaner) nach Südwesten auf. Zweck der Expedition ist, das Land von den noch immer herumstreifenden Bogern zu säubern. — Die Kaiserin-Witwe soll mit dem Kaiser nach Ankuft des Prinzen Tsching in Kalgan sein. — Frau v. Ketteler ist unter Schutze eines von Kapitän Wohl geführten deutschen Matrosendetaachments am 7. dieses Monats aus Peking abgereist und heute hier eingetroffen. Für die Weiterbeförderung der Frau v. Ketteler, die sich zunächst nach Amerika begibt, von wo sie im November in München einreisen will, sind alle Vorkehrungen getroffen worden.

Wien, 12. September. Nach einer Meldung aus Taku trafen die österreichischen Kriegsschiffe „Kaiserin Elisabeth“ und „Alpen“ dort ein und landeten 14 Offiziere, 168 Mann und zwei Geschütze. Weitere österreichische Truppenlandungen werden nicht erfolgen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. September.

Was geht vor? Schon vor einigen Tagen wurde der „Köln. Ztg.“ aus Bremerhaven geschrieben:

„Das Gerücht will nicht verschwinden, daß schon am 4. Oktober ein zweiter Nachschub in einer Stärke von 15000 Mann von hier abgeht, und man nennt als Transportfahrzeuge bereits die Lloyd-Dampfer „Stuttgart“, „Vom“ und „Fals“. Zuverlässige Nachrichten hierüber waren bis heute abend an keiner der Stellen, die es wissen könnten, zu erlangen.“

Uns schien diese Meldung, obgleich sie das für chinesische Angelegenheiten offizielle Organ in Köln verbreitet, unglauwürdig. Bis zu solchen Ausfälligkeiten kann sich, so nehmen wir an, die Kriegsverwaltung nicht verstoßen. Jetzt werden weitere Tatsachen bekannt, die zwar jene Gerüchte nicht bestätigen, aber zur höchsten Aufmerksamkeit mahnen. Bei der Mobilisierung der bisher nach China entsandten Truppen hatten auch einige Offiziere der Landwehr ihre Dienste angeboten. Sie erhielten darauf den Befehl, daß nicht beabsichtigt sei, inaktive Offiziere für die China-Expedition zu verwenden. Neuerdings hat aber die Militärverwaltung doch noch die etwaige Inanspruchnahme solcher Offiziere in Erwägung gezogen. Herrn, die seiner Zeit auf ihre Meldung einen ablehnenden Bescheid erhielten, ist jetzt, ohne daß sie sich von neuem gemeldet hätten, von den Bezirkskommandos ein Schreiben zugegangen, worin sie gefragt werden, ob sie einem etwaigen Befehl zum Eintritt in das ostasiatische Expeditionscorps Folge leisten würden. In einem derartigen Schreiben heißt es:

„Laut allerhöchstem Befehl sollen diejenigen Herren des inaktiven Offiziersstands, welche bereit und tropensfähig sind für den Dienst in Ostasien, durch ein Verzeichnis zusammengestellt werden, damit im Falle des Bedarfs die geeigneten Persönlichkeiten ohne weiteres dem Expeditionscorps überwiesen werden können.“

Während andre Mächte die Mobilisierung ihrer Truppen bezeichnen, denkt man bei uns, trotz der übermäßigen bisherigen Aufstellungen, an neue Truppentransporte nach China. Will Deutschland allein sich in Peking festsetzen und China militärisch bedrohen?

Es ist ein Vorgang sondergleichen, daß die Regierung bei all der Beunruhigung, die durch Gerüchte, wie wir oben verzeichnet, in der Bevölkerung erregt wird, kein Wort der Erklärung über ihre Absichten giebt. Man mißachtet gründlich die verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung. Man verweigert dem Volk jegliche Auskunft.

Die Kohlenbarone, vor deren Interessenverletzung sich das Staatsministerium mit so zärtlicher Besorgnis gehütet hat, merken die beginnende Verschlechterung der Konjunktur und richten sich darauf ein. Wir haben bereits gestern auf die Betriebsbeschränkungen in großen Eisenwerken hingewiesen. Täglich mehr jetzt die Wälder von weiteren Fehlschüssen, zu denen die Werke durch mangelnde Aufträge gezwungen sind. Einigenmaßen befriedigend beschäftigt sind heute nur noch jene Werke der Eisenindustrie, die an den ausländischen Markt liefern, doch müssen die Aufträge zu immer niedrigeren Preisen abgeschlossen werden, die mit den steigenden Preisen der Rohmaterialien in keinem Einklang stehen. Diese Lage der Dinge bleibt natürlich auch den Subsidialkapitalisten der Kohlenindustrie nicht verborgen. Man sehen sie deshalb, wie sie durch ihre Vorkämpfer verstanden lassen, von einer weiteren Steigerung der Preise für Industriekohle ab. Den Ausfall an Profitsteigerung aber mögen sie nicht missen und wälzen sie deshalb den Kommunalverwaltungen und den kleinen Verbrauchern auf. Die Gas- und Hausbrandkohle soll eine Steigerung von 25 bis 50 Pf. pro Tonne bis auf weiteres zu tragen bekommen. Was das Industriekapital nicht bezahlen will, das soll also nun von den Unbemittelten erpreßt werden.

### Die Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter.

Für die jugendlichen Arbeiter (von 14 bis 16 Jahren) bringt die am 1. Oktober in Kraft tretende Novelle zur Gewerbe-Ordnung eine Verschlechterung. Diese Arbeiter dürfen besamntlich nicht länger wie zehn Stunden täglich beschäftigt werden. Diese Arbeitszeit muß aber durch einstuündige Mittagspause, sowie durch je eine halbstündige Vor- und Nachmittagspause unterbrochen werden.

Das war verschiedenen einflussreichen Unternehmern unbecquem; Grund genug, es zu ändern. Es erhält deshalb der § 138 der Gewerbe-Ordnung folgenden Inhalt:

„Eine Vor- und Nachmittagspause braucht nicht gewährt zu werden, sofern die jugendlichen Arbeiter täglich nicht länger als 8 Stunden beschäftigt werden und die Dauer ihrer durch eine Pause nicht unterbrochenen Arbeitszeit am Vor- und Nachmittags je 4 Stunden nicht übersteigt.“

Nach dem bisherigen Gesetze konnte die ununterbrochene Beschäftigung nur 2½ bis vielleicht 3 Stunden dauern; jetzt darf sie 4 Stunden dauern. Obwohl es gerade für so junge Leute sehr nötig ist, daß die Arbeitszeit durch häufige Pausen unterbrochen wird, damit sich der an beständige Arbeit noch nicht gewöhnte Körper allmählich daran gewöhnen kann, hat man doch darauf keine Rücksicht genommen. Der höheren Rücksicht auf die Interessen einiger Unternehmer mußte die Rücksicht auf die Entwicklung der Arbeiterjugend weichen.

### Sonntagsruhe für das Kleingewerbe.

Der § 105b der Gewerbe-Ordnung regelt die Sonntagsruhe für Industrie-, Berg- und Bauarbeiter, sowie für die Arbeiter des Handelsgewerbes.

Soweit das Handelsgewerbe in Betracht kommt, wird weiter durch § 41a vorgeschrieben, daß offene Verkaufsstellen an Sonntagen

überhaupt geschlossen sein müssen, soweit die Beschäftigung von Arbeitern in ihnen verboten ist.

Diese Vorschrift hat den Zweck, die mit Gehilfen arbeitenden Geschäftsleute vor der Konkurrenz der ohne Personal arbeitenden Händler zu schützen. Sie bietet aber weiter den großen Vorteil, daß sie eine Umgehung der für die Arbeiter erlassenen Schutzvorschriften, die sonst sehr leicht wäre, wenn die Läden geöffnet sein dürften, verhindert. Und schließlich ist es auch für die Ladeninhaber selbst von großem Wert, wenn ihnen auf diese Weise wenigstens etwas Ruhe und Erholung aufgezungen wird.

Anher dem Handelsgewerbe besteht eine solche Vorschrift noch nicht. Ein neuer § 41b der Gewerbe-Ordnung, der am 1. Oktober in Kraft tritt, schafft die Möglichkeit solcher Beschränkungen auch für einige andre Gewerbe. Der § 105 e gestattet nämlich Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsbeschäftigung von Arbeitern für solche Gewerbe, deren vollständige oder teilweise Ausübung an Sonntagen und Festtagen zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist. Diesen Begriff nimmt die neue Bestimmung an und ordnet an, daß für solche Gewerbe der Betrieb überhaupt ruhen soll, soweit Arbeiter nicht beschäftigt werden dürfen; bisher konnten solche Gewerbe vom Inhaber und seinen Angehörigen ruhig weiter betrieben werden. Wenn jetzt zwei Drittel der beteiligten Gewerbetreibenden es beantragen, so kann die höhere Verwaltungsbehörde für eine Gemeinde oder einen größeren Bezirk die vollständige Schließung der erwähnten Betriebe in dem besprochenen Aufsatze anordnen.

Das dabei zu beobachtende Verfahren, wer und wieviel Gewerbetreibende als „beteiligt“ anzusehen sind, wird vom Bundesrat bestimmt.

Zugleich wird durch Artikel 7 des Gesetzes vom 30. Juni 1900 bestimmt, daß in Zukunft der Bundesrat nähere Bestimmungen trifft über die Voraussetzungen und Bedingungen der Zulassung von Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsbeschäftigung von Arbeitern, so daß das Verbot der einzelnen Regierungsbehörden, das bisher allein maßgebend war, etwas eingeschränkt wird.

### Der Kaiser und Graf Waldersee. Eine Korrespondenz berichtet:

„Von den Gesprächen, die zwischen dem Monarchen und seinem Feldmarschall in Wilhelmshöhe geführt wurden, ist bisher nichts in die große Oeffentlichkeit gedrungen. Bei einer dieser Privatunterhaltungen kam, wie man uns mitteilt, die Rede u. a. auch auf die Sicherheit des Grafen, und der Kaiser sagte: „Mein lieber Graf! Ihr Leben wird von dem Vaterlande und mir sehr hoch geschätzt. Zum Beweise dafür will ich Ihnen zur ständigen Begleitung zwei meiner Leibgendarmen zur Verfügung stellen!“ In der That befinden sich in der Begleitung des Feldmarschalls die beiden Wachtmeister Müller und Nauert, ersterer von der Kaiserin, letzterer von des Kaisers Leibgendarmerie. Der Monarch hat die beiden persönlich aus dem Verbands der Leibgendarmen ausgewählt und ihnen mitgeteilt, daß sie für das Leben des Grafen Waldersee persönlich haftbar seien. In ihrer Instruktion befindet sich denn auch ein Passus, daß sie den Grafen Waldersee heis und ständig zu begleiten haben, es sei, wo es wolle, und zwar mit Karabiner und geladenem Revolver. Sobald dem Feldmarschall nur die geringste Gefahr droht, haben sie die Waffe zu ziehen und gegebenen Falls sofort auf etwaige Angreifer los zu schlagen. Die beiden Wachtmeister erhalten demzufolge ihr Quartier in unmittelbarer Nähe des besagten Feldmarschalls, über dessen Befinden dem Kaiser fortlaufend Specialbericht erstattet wird.“

Es ist nicht leicht zu erkennen, von wem dem Oberkommandierenden in Ostasien Gefahren drohen können, gegen die der Revolver der Leibgendarmen Schutz bringen soll. Gabe es unter den gelben Söhnen des himmlischen Reichs attentatstüchtige Anarchisten, so dürften sie doch wissen, was sie dem Grafen Waldersee verdanken, vor dessen Nahen die Einigkeit der Gegner Chinas sich schnellstens auflöse. China hat vielleicht vom Grafen Waldersee noch manch guten Dienst zu erwarten.

Gegen die Wohnungsnot. Der Vorstand des „Reichs-Wohnungsgesetz“ hat an die Reichsregierung eine ausführlich begründete Eingabe zur Frage der Wohnungsreform gerichtet. Darin wird Bezug genommen auf den vom Reichstag angenommenen Antrag auf Einsetzung einer Kommission, mit der Aufgabe, durch Untersuchung der bestehenden Wohnungsverhältnisse und der auf dieselben bezüglichen Gesetze und Verwaltungsbestimmungen festzustellen, ob und in welcher Weise ein Eingreifen des Reichs zur Beseitigung der Wohnungsnot angezeigt ist. Im Anschluß hieran unterbreitet die Eingabe der Regierung folgendes Erzeugnis:

1. Die hohe Reichsregierung wolle dem Gedanken einer Wohnungsreform großen Stills durch das Reich ernsthaft näher treten und dabei insbesondere die Vorschläge unseres Vereins einer eingehenden Prüfung unterziehen.

2. Die hohe Reichsregierung wolle zu dem ebenbezeichneten Zwecke die in dem Antrage Schrader gewünschte Kommission und mit der dort gestellten Aufgabe baldigst einsetzen, jedoch mit folgenden Aufgaben:

a) Es möge Vorrage dafür getroffen werden, daß durch die Kommissions-Verhandlungen nicht eine unzulässige Verzögerung der Angelegenheit eintritt.

b) Es möge durch die Zusammenfassung und die Instruktionen der Kommission Bürgschaft dafür gegeben werden, daß einerseits die thatsächlich bestehenden Wohnungsverhältnisse, andererseits die umfangreichen Möglichkeiten, welche das Reich besitzt, hier bestmöglichst einzugreifen, ihrer Bedeutung entsprechend geprüft und getätigt werden. Zu diesem Zwecke bitten wir insbesondere auch Vertreter unseres und verwandter Vereine in die Kommission zu berufen.

### Vom Petitionsrecht der Beamten. In der „Schlesischen Volks-Ztg.“ lesen wir:

Eine Petition der Supernumerare des Abfertigungsdienstes bei der Eisenbahnverwaltung wurde vom Abgeordnetenhaus in der letzten Session mit großer Mehrheit der Regierung zur Verurteilung überwiesen. In der Sitzung vom 13. Juni erwähnte Minister v. Thielen dem Brief eines Abgeordneten an den Vorsitzenden einer Beamtengruppe; diesen Brief, in welchem die betreffenden Beamten zum Ausdrücken ermutigt seien, habe der Adressat vervielfältigt und an seine Kollegen verschickt. Kurz nach der Verhandlung erschien im Bureau des Vertriebssekretärs Rainisch in Breslau ein Vorgesetzter, forderte den Beamten auf, sein Pult aufzuschließen, und nahm die darin enthaltene Korrespondenz des Sekretärs Rainisch mit Abgeordneten und Kollegen an sich. Auf Grund der so beschlagnahmten Korrespondenz ist nun gegen Rainisch ein Verfahren auf Dienstentlassung eingeleitet worden. Rainisch ist der Adressat jenes vom Minister erwähnten Briefes eines Abgeordneten. Im Abgeordnetenhaus wird diese Angelegenheit wohl noch besprochen werden.

Eine solche Besprechung ist allerdings dringend nötig. Beamte haben daselbe Recht mit ihren Kollegen zu korrespondieren, — auch wenn es sich um Bestrebungen zur Verbesserung der sozialen Lage handelt — wie andre Staatsbürger. Ebenso haben sie das Recht, mit Abgeordneten in Verbindung zu treten. Dagegen hat niemand das Recht, ihnen ihre Privatkorrespondenz zu beschlagnahmen. Das sind Uebertreibungen der Disziplinargewalt der Vorgesetzten, die auf keinen Fall unbeantstandt bleiben dürfen. Handelt es sich auch in vorliegendem Falle keineswegs etwa um den Verleß mit einem socialdemokratischen Abgeordneten, sondern scheinbar mit einem Centrumsmann, so müssen wir doch um des Principes willen eine nicht mißzuverstehende Restriktion jenes „Vorgesetzten“ von der Regierung verlangen. Es darf nicht zugegeben werden, daß die Beamten durch ihren Eintritt in den Staatsdienst rechtslos werden.

Die Antifemiten haben ihren Magdeburger Parteitag geschlossen mit einer Ovation für Zimmermann. „Treue um Treue!“ wurde ihm zugewunken, „allgermanische Treue immerdar! Heil Zimmermann! Heil der Reformpartei!“ Vorher war, wie wir berichtet haben, der mit den Konservativen und dem Bund der Landwirte liebäugelnde Liebermann hinausgegrault worden. Aber das schloß nicht aus, daß auch die Jurisdiktion es mit dem Bruder Bauer nicht verderben wollen. In einer beschlossenen Resolution heißt es:

„Der Parteitag der Deutsch-socialen Reformpartei ist der Ansicht, daß unsere deutsche Landwirtschaft sehr wohl im Stande ist, unser Volk mit dem nötigen Brotgetreide und Fleisch zu versorgen, vorausgesetzt, daß endlich durch eine vernünftige wirtschaftspolitische Gesetzgebung für die Landwirtschaft gesunde Zustände geschaffen werden. Der Parteitag fordert deshalb von der Regierung, daß sie sich nicht weigert, den berechtigten Wünschen der Landwirtschaft Folge zu geben und diese bei der Erneuerung der Handelsverträge in ausreichender Weise zu berücksichtigen.“

Bei den Landtagswahlen in Gotha sind bis jetzt fünf Kreise der Socialdemokratie zugefallen. Nach dem Sieg in der Stadt Gotha selbst ist ein solcher jetzt auch im Kreise Ohrdruf zu verzeichnen. Zu bemerken ist, daß die Wahlen noch nicht beendet sind und daß unsere Genossen Aussicht haben, mit einem Zuwachs an Mandaten aus der Wahlkampagne hervorzugehen.

Aus Sachsen-Weimar wird uns geschrieben: Das Resultat der Eisenacher Oberbürgermeisterwahl ist bezeichnend für die Stimmung, welche sich gegen das reaktionäre Regierungssystem richtet. Der durch seine öffentliche Stellungnahme gegen die Versammlungsverbote von den reaktionären Elementen in Eisenach als „Socialistenfreund“ verdächtige Bürgermeister Dr. v. Newson in Ipsold wurde mit 1519 Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt, während es sein Gegenkandidat Herr Schlüter aus Halberstadt nur auf 916 Stimmen brachte.

Italienerhath in Elsas-Lothringen. Die Ermordung des Königs von Italien — so schreibt man uns aus dem Reichslande — hat bei uns das Signal zu einem regelrechten Kesselstreiten gegen die zu vielen Zehntausenden im Lande beschäftigten italienischen Arbeiter gegeben. Besonders das lothringische Industriegebiet, wo die Söhne unsres verbündeten Landes in Berg- und Hüttenwerken bei Eisenbahn- und Straßenbauten in großen Massen beschäftigt sind, ist alltäglich der Schauplatz von Verhaftungen und Ausweisungen. Die Großindustriellen und Unternehmer, welche die billigen und meist auch sehr willigen Arbeitskräfte ins Land gezogen haben, sehen dieser Heße mit sehr gemischten Gefühlen zu. Sie wagen es aber nur in vereinzelten Fällen, sich dem polizeilichen Druck zu widersetzen. So wurden, wie die Wälder berichten, dieser Tage auf den Rombacher Hüttenwerken auf einmal 600 italienische Arbeiter entlassen, und auch die polizeilichen Ausweisungen von Italienern nehmen im ganzen Lande einen immer größeren Umfang an. Dabei haben die französische, belgische und luxemburgische Regierung ihre Grenzen gegen den Zugang dieser Ausländer gesperrt, jedoch unsre Behörden des öfteren in die größte Verlegenheit kommen, wie sie sich der armen geheizten Leute entledigen sollen. Nehmen die Entlassungen und Ausweisungen von Italienern in demselben Tempo ihren Fortgang, so wird der reichslandischen Regierung nichts andres übrig bleiben, als, wie es schon im Vorjahre der Fall war, Sonderzüge zu organisieren und die Leute damit über die schweizer Grenze nach ihrer Heimat abzuschicken. Für die in letzter Stunde erfolgte Abjage der Teilnehmer des Großherzogs von Baden an den Manövern in Lothringen dürfte wohl die Befürchtung angestrichelter Polizeiseelen maßgebend gewesen sein, bei der Anwesenheit so zahlreicher Italiener für die Sicherheit der Person des Fürsten nicht bürgen zu können.

### Trübe Aussichten.

Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben: Der wirtschaftliche Rückgang im Ruhrrevier läßt sich nicht mehr verhehlen; selbst die glänzenden Abflüsse verschiedener Gruben- und Hüttenwerke können das Vertrauen und die Stabilität nicht wieder herstellen, wie sie vor dem Ausbruch der chinesischen Wirren bestanden. Eine allgemeine Pessimität macht sich bemerkbar, eine Anlust der Geldente, sich in größere Industrie-Unternehmungen einzulassen. Unsere Großkapitalisten haben eine feine Bitterung, sie sind abgesehrt durch die Verluste der letzten Monate und halten die Hand auf den Geldbeutel, so lange die trüben Wolken am politischen Horizont nicht verschwinden. Der Arbeiter aber, der nichts hat als seine Arbeitskraft, kann dieselbe jetzt nicht einmal mehr voll werten. Das Hüttenwerk „Union“, welches die Schienenlieferung für die Schantung-Bahn übernommen, hat infolge der Einstellung dieser Lieferung in verschiedenen Abteilungen, ebenso wie das Eisen- und Stahlwerk „Hoesch“ und die „Heinrichshütte“ in Hattingen, drei bis viertägige Schichten pro Woche eingeführt. Die Arbeiter haben hier also sehr unangenehme Wirkungen der neuesten Chinapolitik zu beklagen.

### Aus Elsas-Lothringen wird uns geschrieben:

Eine Geschäftskrise, wie wir sie seit langen Jahren nicht mehr erlebt haben, macht sich gegenwärtig in den Industriebezirken des Oberelsaß bemerkbar, deren Bevölkerung man anlässlich der Reichstags-Wahl in Mühlhausen goldene Zeiten in Aussicht gestellt hatte, falls der Großindustrielle, Stottenschwärmer und Garnschneidener Schlumberger den Sieg über seinen socialistischen Gegner davontragen sollte. Die Krisis tritt in erster Linie die Wollindustrie, deren größte Etablissements seit Wochen schon sich zu umfassenden Produktionsbeschränkungen veranlaßt gesehen hatten. Der große Wolltrich, der die französischen Branchenzentren Roubaix und Tourcoing in so schwerer Weise heimgegriffen hat, ging auch an unsere Wollindustrie nicht spurlos vorüber. In Mühlhausen z. B. sind alle vorhandenen sechs Wollfabriken mehr oder weniger von demselben heimgegriffen worden, und die Verluste, die diesem einzigen Plage hieraus erwachsen, werden von sachkundiger Seite auf mindestens 8—10 Millionen Mark geschätzt. Aber auch die Baumwollindustrie hat unter der gegenwärtigen Krisis schwer zu leiden. Die Arbeitsbeschränkungen greifen immer mehr und mehr sich, und bereits meldet man aus einer Reihe kleinerer Industrieorte der Gegend, daß dort einzelne Fabriken ihren Betrieb vollständig eingestellt und ihre sämtlichen Arbeiter entlassen haben. Am schlimmsten haben unter diesen traurigen Verhältnissen natürlich die Arbeiter zu leiden. Die großen Industriestellen der Textilbranche selbst, meist Aktiengesellschaften, deren Aktien sich durchweg in den Händen reicher Leute befinden, können die vorübergehenden Zinsverluste unschwer verkraften und sich leicht über die schlimmsten Zeiten hinweghelfen. Der proletarische Lohnarbeiter aber, der von der Hand in den Mund lebt, und bei dem von einermöglichen nennenswerten Sparfüßchen selbst in den günstigsten Geschäftszeiten bei den schlechten Lohnverhältnissen kaum die Rede sein konnte, ihn trifft die wirtschaftliche Depression mit ihrer ganzen Wucht und zwingt ihn und seine Angehörigen zu einer weiteren Herabdrückung der ohnehin kümmerlichen Lebenshaltung. Die äheln Folgen hiervon bekommt dann in erster Linie der kleine und mittlere Geschäftsmann, der Bäcker, Schlichter, Krämer, Gastwirt u. dgl. zu spüren, und man braucht sich nicht zu wundern, wenn, wie bürgerliche Wälder berichten, die Konjunktur in jenen Geschäftskreisen sich bei uns von Tag zu Tag mehrt und die Jurisdiktion der Sparanlagen bei der schädlichen Sportasse zu Mühlhausen in den letzten Tagen einen geradezu panischen Charakter anzunehmen drohte.

Nun steht der Winter vor der Thür und die bald unerfüllbaren Kohlenpreise in Verbindung mit der fortwährenden Preissteigerung der notwendigen Lebensmittel trüben dem Arbeiter noch mehr den trostlosen Ausblick in die nächste Zukunft. Es ist unter solchen Umständen leicht begreiflich, daß bei unter Arbeiterkraft von einer Begeisterung für den Weltmachtssport der Reichsregierung keine Rede sein kann. Man würde es weit lieber sehen, wenn unsre maßgebenden Kreise das hohe Maß von Ansehen

Sanktion und materiellem Aufwand, das sie dem abenteuerlichen Schauspiel in Orlasen zuwenden, dem eignen Volk im eignen Land angedeihen lassen würden, dessen eine nichts weniger als lichtvolle Zukunft harrt.

### Mißstände im Recht.

**Fliegender Gerichtsstand. Irenwesen.**  
In Bamberg tagt der 25. deutsche Juristentag. In der Abteilung für Prozeß- und Kompetenzrecht, die Reichsgerichtsrat Stenglein-Weipzig und Oberstaatsanwalt Dr. Olschhausen-Weipzig zu Vorsitzenden wählte, war der erste Beratungspunkt: „Wie ist im Strafprozeß der Gerichtsstand der begangenen That bezüglich der Vergehen der Presse zu regeln?“ Gutachten haben abgegeben: Kammergerichtsrat Dr. Kroneder-Vorlin und Professor Dr. Franz von Litz-Berlin. Der Berichterstatter Oberlandesgerichts-Präsident Geh. Ober-Justizrat Hamm-Köln vertritt den Standpunkt, daß das Reichsgerichtsurteil vom 17. Juli 1892 vollständig berechtigt war. Bei einer Verbreitung einer periodischen Druckschrift werde die That nicht bloß begangen am Erscheinungsort, sondern vom Ursprung an auf dem ganzen Weg bis zur Vollendung der Verbreitung. In einer andern Entscheidung werde man nur auf dem Wege der Aenderung der Gesetzgebung kommen können. Es muß zugegeben werden, daß der Begriff der begangenen That in Verbindung mit der Aufgabe der Presse überallhin verbreitet zu werden, zu einer Vielseitigkeit des Gerichtsstands führt. An sich ist das nicht durchschlagend. Auch beim Vorverfahren besteht diese Vielseitigkeit des Gerichtsstands und niemand werde diesem sein Geschäft erleichtern wollen. Es ist auch nicht durchschlagend, daß der Staatsanwalt sich den ihm passenden Gerichtsstand aussuchen kann, wo er sich den größeren Erfolg verspricht. Er glaube nicht, daß das überhaupt vorgekommen sei. Aber abgesehen von der Vielseitigkeit des Gerichtsstands sind für die Presse Mißstände entstanden, weil die Verurteilung eine schwierigere wurde. Bei der Tätigkeit der Presse, die dazu dient, Uebelstände zur Sprache zu bringen, ist die Gefahr sehr groß, verfolgt zu werden. Wir haben es nicht nur mit einer Gefahr für die Presse zu thun, sondern auch mit einer Gefahr für das Rechtsbewußtsein, und es ist nicht nur eine Frage der Ruhe des Verfassers, sondern auch der Sicherheit des Rechtswirkens, daß nur ein Gerichtsstand besteht. Auch für die Staatsanwälte würde dadurch eine Erleichterung der Arbeit entstehen, da sie die Durchsicht der Druckschriften dem Staatsanwalt am Erscheinungsort überlassen könnten. Wenn aber nur ein Gerichtsstand bestünde, so könnte es nur das Centrum der Verbreitung, der Erscheinungsort und Ausgabeort sein. Berücksichtigen muß man auch, daß der Artikel in der Regel aus dem Milieu des Erscheinungsorts hervorgeht und daß er, von uns abgesehen, meistens zunächst für die Umgebung des Erscheinungsorts der periodischen Druckschrift berechnet ist. Eine Ausnahme muß jedoch bezüglich der im Ausland erscheinenden Druckschriften gemacht werden. Eine weitere Ausnahme erscheint für Privatklagen angebracht, damit dem Geschädigten nicht die Kosten beim Wahrheitsbeweis zu sehr vergrößert werden. In andern Fällen würden Privatinteressen verletzt werden und bei dem Beleidigten würde das Gefühl der Bitterkeit entstehen. Ohne diese Ausnahme würde die Gesetzesänderung bald unpopulär werden und als ein unberechtigtes Privileg der Presse erscheinen. Zum Schluß empfiehlt der Referent folgenden Antrag zur Annahme: 1. Begründet der Inhalt einer im Inlande erscheinenden Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung, so ist für deren Verfolgung im Wege der öffentlichen Strafklage dasjenige Gericht ausschließlich zuständig, in dessen Bezirk die Druckschrift erschienen ist. 2. Das gilt nicht, sofern es sich um eine weitere selbständige Verbreitung der Druckschrift handelt. Oberstaatsanwalt Dr. Olschhausen-Weipzig: Ueber die jetzigen Mißstände ist alles einig. Da er damals als Richter unter dem Vorsitz des verstorbenen Präsidenten Loewe an dem Urteil mitgewirkt habe, so müsse er erklären, daß das Reichsgericht nur konsequent vorgegangen sei. Aber sie alle stimmten wohl darin überein, daß es so nicht bleiben könne. Er stimme dem Referenten zu, daß als Ort der begangenen That der Ort des Erscheinens des Preßerzeugnisses anzusehen sei. Im Gegensatz zum Referenten und den beiden Gutachtern wolle er die Ausnahmestellung der Presse nicht bloß auf den Inhalt der Druckschrift beschränkt sehen, sondern auf alle Preßdelikte ausgebeugt haben. Er fürchte aber, daß es nicht gelingen werde, ein Privileg zu weitgehender Art zu schaffen. Der Bundesrat werde einem so ausgedehnten Privileg schwerlich zustimmen, deshalb empfehle es sich, neben dem Erscheinungsort auch den Wohnort des Täters gelten zu lassen. Auch alle folgenden Redner sprachen sich gegen den heutigen Zustand aus. Die Anträge des Berichterstatters wurden gegen zwei Stimmen angenommen.

Der folgende Punkt, mit welchem sich dieselbe Abteilung befaßte, betraf die Frage:

„Bevor es gesetzliche Vorschriften darüber, unter welcher Voraussetzungen ein Geisteskranker vor der Entmündigung in eine Anstalt gebracht und ein entmündigter Geisteskranker dort gegen seinen Willen festgehalten werden darf?“

Das Gutachten hat Prof. Dr. Bernhoeft-Moskau abgegeben. Der Berichterstatter, Geh. Ober-Justizrat Vierhaus-Vorlin, hält einen wirksamen Schutz gegen unberechtigte Unterbringung in Irrenanstalten für geboten. Die Frage, ob der Satz auf dem Wege der Reichsgesetzgebung getroffen werden solle, müsse verneint werden. Er empfiehlt folgende Leisige zur Annahme: 1. Die Frage nach der Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche, und die Frage nach der Unterbringung oder Festhaltung eines Geisteskranken in einer Irrenanstalt sind verschiedener Natur und von einander zu trennen. Die erste Frage fällt in das Gebiet der gerichtlichen Tätigkeit, die zweite in das Gebiet der Medizinalverwaltung. Eine Befassung der Gerichte mit der zweiten Frage würde weder deren Aufgabe entsprechen, noch sachgemäß sein. II. Bei der schwerwiegenden Bedeutung, welche die Unterbringung oder Festhaltung in einer Irrenanstalt für den Betroffenen hat, empfiehlt es sich (abgesehen von einer strengen Beweisaufklärung der Anstalten) 1. bezüglich aller bis dahin geltenden Maßnahmen den vollen Verwaltungsrechtsschutz zu gewähren; 2. für Sorge zu treffen, daß ein strafrechtliches Einschreiten gegen Mißbräuche auf Grund des § 239 St.-G.-B. thunlichst erleichtert wird. III. Die zu II empfohlenen Maßnahmen hängen aufs engste mit den Einrichtungen der Verwaltung, insbesondere der Medizinalverwaltung und mit dem Rechtsschutz auf dem Gebiet der Verwaltung zusammen. Eine reichsrechtliche Regelung ist daher, selbst wenn sie nach Art. 4 Nr. 15 der Reichsverfassung zulässig sein sollte, nicht empfehlenswert. Inwiefern in den Einzelstaaten zur Durchführung; der in Nr. II bezeichneten Ziele der Erlass neuer Vorschriften erforderlich und ob hierzu der Weg der Gesetzgebung oder der Verwaltungsordnung zu betreten ist, bestimmt sich nach dem Rechtsstand in dem einzelnen Bundesstaat. Oberlandesgerichts-Präsident Hamm-Köln ist nicht damit einverstanden, daß der Juristentag sich positiv für den Verwaltungsrechtsschutz ausspreche, er möchte diese Frage lieber offen lassen.

In Einverständnis mit dem Referenten werden die Leisige mit einigen Streichungen und Abänderungen einstimmig angenommen. Die Schlusssätze von Absatz I und III. werden gestrichen, in Absatz II. 1 wird an Stelle der Worte: „den vollen Verwaltungsrechtsschutz“ „ausreichender Rechtsschutz“ gesetzt.

### Ausland.

#### Die Anarchistenhege

In Italien führt zu einer heftigen und geschwindigen Gerichtsprozeß, wie sie in geordneten Staaten nicht möglich sein sollte. Ueber einen krasen Fall von ungerechter Verurteilung wird uns folgendes geschrieben:

Die Anarchistenhege der italienischen Polizei hat es zu stande gebracht, daß ein harmloser, in Italien weilender norwegischer Künstler, der des Italienischen nicht mächtig ist, als „Anarchist“ verurteilt ist. Es ist der Maler Emanuel Wigeland, der Mitte August plötzlich in Florenz verhaftet wurde, unter dem Verdacht Anarchist zu sein, ins Gefängnis geworfen, ohne daß 14 Tage lang darüber etwas als eine Notiz ohne Namensnennung in den Zeitungen, in die Öffentlichkeit drang. Der Künstler hatte sich Studien halber ein Jahr in Paris aufgehalten und reiste nun zum selben Zweck nach Italien, wo er bei der Ankunft in Florenz verhaftet wurde, obwohl er einen Paß bei sich hatte. Da er einen Revolver bei sich trug, hielt man die Sache für erwiesen. Sein Versuch, ihm einen Dolmetscher zu verschaffen, da er kein Wort italienisch konnte, wurde abgelehnt. Er wurde sogleich vor ein Gericht gestellt, das den sich nicht verteidigenden Kriminellen zu 25 Tagen Gefängnis und 300 Kr. Gerichtskosten verurteilte, ein Urteil, das innerhalb 3 Tagen appelliert werden mußte, wovon natürlich Herr Wigeland nichts wußte und nichts verstand. Erst nach dieser Verurteilung durfte er an seinen Bruder, den Bildhauer Wigeland in Christiania und einen Freund, den Schriftsteller Juvar Gaeter, schreiben. Sie wandten sich sogleich an den Chef des Anarchistenamts, Dr. Sigmund Jöben, der durch den Konsul in Genua Ermittlungen anstellen ließ. Das Konsulat erhielt auf telegraphische Anfrage von Florenz keine Antwort, und als dann Graf Morner hinfuhr, erfuhr er endlich, daß der Künstler verhaftet sei, „weil sein Signalement dem eines gefährlichen, jungen Anarchisten entspräche, der den Fürsten von Montenegro töten wolle.“

Das Großartigste ist, daß der Herr Maler Wigeland, obwohl er nicht der „gefährliche Anarchist“ ist, nicht freigelassen werden kann, weil die Appellationsfrist verlaufen ist, so daß ein „Gnadengesuch“ an den König gerichtet werden mußte, das telegraphisch natürlich bewilligt wurde.

So ist Maler Wigeland noch zehntägiger Anarchistenhaft wieder frei, aber verurteilt, obwohl die italienische Regierung ihm eine „Ehrenklärung“ zugesichert hat. Aber wenn Herr Wigeland kein bekannter Künstler, sondern ein Arbeiter gewesen wäre, dann hätte er seine Haftzeit absitzen müssen.

### Spanien.

Die Anarchistenverbindung wird auch in Spanien eifrig betrieben. Aus Madrid wird gemeldet: Ein aus den Vereinigten Staaten kommender Schweizer, der in Santander gelandet ist, wurde in San Sebastian verhaftet. Man fand in seinem Koffer und zwar unter dem Futter desselben wichtige Papiere. Es soll sich hier um einen anarchistischen Plan gegen eines der europäischen Staatsoberhäupter handeln.

Wenn wirklich so viel Vorpläne existierten, wie sie jetzt unangesehen „entdeckt“ werden, dann müßte man glauben, daß es in gewissen Ländern zu den bestbelegtesten Besatzungen der Bevölkerung geworden wäre, anarchistische Komplotte gegen „europäische Staatsoberhäupter“ zu schmieden.

### Rumänien.

Der Konflikt zwischen Rumänien und Bulgarien, über den wir mehrfach kurz berichteten, hätte, wenn ein Telegramm des „Verl. Tagebl.“ den Thatfachen entspricht, schon zu wirklichen kriegerischen Zusammenstößen geführt. Danach sollen an der bulgarisch-rumänischen Grenze die Streitkräfte in den letzten Tagen sehr häufig gewesen sein. Am Sonntag wurden von Silistria auf das rumänische Kriegsschiff „Siret“ drei Kanonenschiffe abgegeben. Der Kommandant Voerdeu antwortete gleicherweise und fuhr rasch weiter. Gleichfalls am Sonntag griffen die Bulgaren das rumänische Grenzwachthaus bei Arab-Zabia in der Dobrutscha an. Die rumänische Regierung ist zur Verhinderung der Aufregung bemüht, die Alarmnachrichten zu verheimlichen. Der Kriegsminister General Logovary hat sich nach der Dobrutscha begeben und aus Sulina vier Kriegsschiffe donaufwärts beordert. Trotzdem hofft man auf eine friedliche Beilegung des Konflikts.

Die offizielle „Agence Roumaine“ meldet aus Bukarest: Am Dienstag wurden vom Kriegsministerium ausgehende Kundgebungen angeschlagen, durch welche die Bürger an ihre Pflichten im Falle einer eventuellen Mobilisierung des Heeres erinnert und die Maßnahmen bezüglich der verschiedenen militärischen Requisitionen festgesetzt werden. Das alte Reglement war im Lauf des Jahres abgeändert worden, jedoch erfolgte eine gesetzliche Kundmachung bisher noch nicht; diese ist nun heute veranlaßt worden.

Es wird der Bekanntmachung zwar hinzugefügt, daß es sich lediglich um die gesetzliche Bekanntgabe des Reglements ohne Nebenabsichten handle. Daß man diese Kundmachung aber gerade gegenwärtig für nötig hält, ist doch beachtenswert.

### Afrika.

#### Aus Südafrika

Kommen heute einander sehr widersprechende Meldungen. Aus Laurengo Marques an der Delagoabai wird vom Mittwoch telegraphisch berichtet, daß Präsident Krüger dort eingetroffen sei, also portugiesisches Gebiet betreten habe. Ob es sich um eine wirkliche Flucht des Präsidenten auf neutrales Gebiet handelt, darüber kann man nach den vorliegenden Nachrichten noch keine Klarheit gewinnen. Vom Präsidenten Steijn wird berichtet, er beabsichtige, in den Oranjereststaat zurückzukehren. Aus Paris kommt gar die Nachricht, General Votha habe sich den Engländer ergeben.

Man wird nähere Nachrichten über die wirkliche Entwicklung der Dinge in Afrika abwarten müssen. Vorläufig wollen wir auch die folgende Londoner Meldung verzeichnen: „Daily Mail“ meldet aus Laurengo-Marques. Die Generale Votha und Deivet hätten sich vereinigt und man erwarte in den nächsten Tagen ein größeres Gefecht an dem Caledon-Flusse. Nach diesem Gefecht würden sich die Voeren wieder trennen.

Lord Roberts meldet aus Pretoria vom 11. September: Methuen hat die Voeren bei Malopo völlig auseinandergetrieben und 30 zu Gefangenen gemacht, sowie Munition erbeutet. Buller ist gestern in Alipat eingetroffen, etwa auf dem halben Wege zwischen Maudberg und Epitop, und treibt die Voeren vor sich her.

Bezüglich der Pläne Englands auf die Südafrikanische Eisenbahn veröffentlicht das „Amsterdamer Handelsblatt“ eine Unterredung mit dem Sekretär von Transvaal v. d. S. Leids sagt hierin, daß die Bestimmungen der Konzeption von der Eisenbahngesellschaft genau ausgeführt worden seien. Der Artikel 12 der Konzeptionsurkunde besage, daß im Kriegsfall die Regierung über die Eisenbahn verfügen und alle ihr notwendig erscheinenden Maßnahmen ergreifen könne.

### Partei-Nachrichten.

**Internationaler Kongreß in Paris.** Den zu dem internationalen Kongreß in Paris reisenden deutschen Delegierten zur Kenntnis, daß Sonnabend, den 22., und Sonntag, den 23. cr., Mitglieder des Empfangscommittees des „Deutschen Veseclubs“ auf dem Nord- und Ostbahnhof in Paris anwesend sind. Die Mitglieder des Komitees tragen eine rote Blume im Knopfloch und die Affiche „Veseclub“ am Hut.

Wohnungen für die Delegierten in dem Stadtviertel, in dem das Kongreßlokal sich befindet, stehen in ausreichender Zahl preiswert zur Verfügung.

Die Delegierten werden ersucht, als Erkennungszeichen eine Zeitung sichtbar in der äußeren Brusttasche zu tragen, wenn möglich den „Vorwärts“.

**Zum Parteitag.** Den Delegierten sowie allen den Parteitag in Mainz besuchenden Genossen zur Kenntnis, daß von Sonnabend, den 15. September morgens an am dem Centralbahnhof Mainz

Parteienossen, an roten Abzeichen erkenntlich, zum Empfang bereit stehen. Die Genossen sind gebeten, möglichst die Züge zum Centralbahnhof zu benutzen, da nur an diesem Genossen zum Empfang stehen. — Zu den Verhandlungen des Parteitag haben die gewerkschaftlich oder politisch organisierten Arbeiter gegen Vorziehung des Mitgliedsbuchs freien Eintritt. Für alle andern Besucher beträgt der Eintrittspreis 50 Pf.

**Berichtigung.** Aus Dortmund erhalten wir folgende Zuschrift: In der Nr. 209 vom 8. September Ihres geschätzten Blattes (Beilage, 1. Seite, 2. Spalte, Absatz 7) steht zu lesen, daß der Dr. Lütgenau noch heute nicht von den Parteigenossen des Bahnfreyen Dortmund-Horde formell aus der Partei ausgeschlossen sei. Das ist ein Irrtum. In der Parteiverammlung in Dortmund vom 24. Oktober 1899 wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Parteiverammlung erklärt, daß sie nach dem veröffentlichten Beschlusse des Parteitags in Hannover den Dr. Lütgenau als Parteigenossen nicht mehr anerkennen kann.“

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgebung.

#### Zur Lohnbewegung der Buchbinder.

Der polizeiliche Unternehmerrückgang bei der gegenwärtigen Aussperrung geht sogar soweit, daß er sich auch auf solche Firmen erstreckt, die ihn grundsätzlich ablehnen. Herr Buchbindermeister Wäbber erklärte, daß die seine Leute die Werkstube ruhig verlassen hätten und er während der Dauer des Streiks keine andern einstellen würde, eine polizeiliche Bewachung vollständig zwecklos sei. Die Polizei mußte das wohl viel besser wissen; sie bedachte auch diese Werkstube mit Schutzleuten. Es giebt aber auch Arbeitgeber, die die Polizei so thaktätig unterstützen, als wollten sie selbst den Befähigungsnachweis für den Schutzmannsdienst erbringen. Herr Wäbber ließ eine Arbeiterin aus dem Restaurant heraus verhaften. Als sie vor seinem Hause vorbeiging, erinnerte er sich daran, daß sie einige Wochen vor der Aussperrung eine in solchen Fällen ja nie ernst zu nehmende Drohung ausgesprochen haben sollte. Das mußte natürlich jetzt gerächt werden. Herr W. verfolgte gemeinschaftlich mit einem Schutzmann das Mädchen, bis sie es im Restaurant erwischten.

Gestern, Mittwochmorgen, wurde eine Arbeiterin aus dem Restaurant von Borchardt, Handelsstraße Belle-Alliance, heraus verhaftet, weil sie eine andre angesprochen haben sollte. Es soll also den Ausgesperrten jede Möglichkeit geraubt werden, mit ihren arbeitenden Kollegen auch nur ein Wort zu wechseln.

Die Unternehmer versuchen jetzt auch durch alle möglichen auswärtigen Zeitungen sich Personal für ihre Werkstube zu verschaffen; uns liegt eine Annonce aus dem Stettiner „General-Anzeiger“ wie aus andern dergleichen Blättern vor. Es wird den Unternehmern aber auch dadurch nicht gelingen, ihre leichtfertig herangekehrten Arbeiter zu erlangen.

#### Die Lohnkommission der Buchbinder.

**Der Streik der Militäreffekten-Sattler** dauert unverändert fort; die Zahl der Streikenden ist durch Abreisen und anderweitiges Zurarbeitreten auf 310 zurückgegangen. Da die Fabrikanten auf alle Weise versuchen, Arbeiter aus der Provinz herbeizuholen, bitten wir die Partei- und Gewerkschaftspresse, auf unsern Streik aufmerksam zu machen, damit Zuzug unterbleibe.

#### Die Lohnkommission.

**Achtung, Schildermaler!** Bei der Firma Borgmann in Ratingen drohen Differenzen auszubrechen, da die Arbeitszeit um eine Stunde verlängert werden soll. Die Firma verucht nun in Berlin Ersatzkräfte anzuwerben; es wird deshalb gebeten, den Zuzug fernzuhalten.

**Achtung, Leber- und Galanterie-Arbeiter!** Die bei der Firma Kirchner u. Schwedhelm beschäftigten Kollegen und Kolleginnen erhielten nach mehrmaligen Verhandlungen für häusliche Lohn- und Accordarbeiten durchschnittlich 5 Proz. Zulage bewilligt, außerdem die Lohnarbeiter und Arbeiterinnen einen Aufschlag von 33/3 Proz. pro Stunde für Arbeiten nach Feierabend. Bei Accordarbeiten werden 15 resp. 10 Pf. pro Stunde vergütet. Des weiteren möchten wir die Kollegen und Kolleginnen auf die am 20. September im Gewerkschaftshause stattfindende Versammlung aufmerksam, auf deren Tagesordnung u. a. die Wahl einer Lohnkommission steht.

#### Der Vertrauensmann.

**Achtung, Grundriegerer Versuch!** Bei der Firma E. Probst, Köpenickerstr. 37, sind einige Kollegen wegen Zugehörigkeit zur Organisation gemahregelt und wird dringend ersucht, Zuzug bis auf weiteres fernzuhalten. Der Bevollmächtigte der Billale Berlin.

### Deutsches Reich.

**Zur Aussperrung der Hamburger Werkarbeiter.** Auf den Werften sind in diesen Tagen 28 Zimmerer entlassen, weil wegen des Streiks die Arbeit stockt. Auf der Werft von Blohm u. Voß haben 25 fremde Metallarbeiter die Arbeit eingestellt. Die Leute, welche aus Sachsen durch Agenten hierher gelockt waren, verlangten ihre Papiere zurück, die ihnen verweigert wurden. Sie sind hierauf beim Gewerdegerecht um Herausgabe der Papiere vorstellig geworden. Außerdem verlangten sie die Vergütung der Reisekosten von ihrer Heimat nach hier zurückgestellt. Aber auch dieses wurde verweigert. Man sagte den Leuten, wenn sie vier Wochen auf der Werft gearbeitet hätten, würden die Reisekosten vergütet werden. Nach Ausgange der Leute ist ihnen versprochen worden, sie würden das Reisegeld in Hamburg sofort zurück erhalten. In diesen Tagen werden noch mehr Arbeitswillige bei Blohm u. Voß ausweichen, weil die Kost in der dortigen Kaffeehalle sehr schlecht sein soll und die Betten alles zu wünschen übrig lassen. Auch ein friedliches Verweismüssen vermissen dort die Streikbrecher. Es vergeht kein Abend, ohne daß es Freizeiten abieht. Am Sonntagabend wurde die Prügelei so arg, daß sechs Schutzleute den Frieden wieder herstellen mußten. Einige blutige Köpfe hat es gegeben, verhaftet wurde aber keines der lieben Kinder. Als am Dienstag zwei Arbeitswillige dort anfangen wollten, wurden sie gefragt, ob sie Logis hätten. Als sie dieses verneinten, schickte man sie wieder fort, sie sollten sich erst Logis suchen. Man scheint weiteren Zuzug von Arbeitswilligen im Freisprengelgebiet fernhalten zu wollen.

Wie die „Verl. Neueste Nachr.“ mitteilen, hat der Verband der Eisenindustrie vorgestern auf den ihm gemachten Vorschlag eines Einigungsversuchs folgende Antwort erteilt:

An die Ortsverwaltung Hamburg des Deutschen Metallarbeiter-Verbands. Ihr Schreiben vom 6. d. M. haben wir erhalten. Da Sie geeignete Vorschläge zur Beilegung der Differenzen zwischen den Werften und den früher dort beschäftigten Arbeitern von uns wünschen, so machen wir Ihnen den Vorschlag, daß Sie eine Versammlung der freien Arbeiter berufen und Beschluß darüber fassen, ob der Streik fortgesetzt oder aufgegeben werden soll. Wird der Streik Ihrerseits aufgehoben, so ist darauf zu achten, daß alsdann auf allen Werften und in allen Gewerken die Arbeit wieder aufgenommen wird, damit auch wir den Streik für aufgehoben erklären können. Dieses scheint uns die schnellste Erledigung zu sein. Der ferner in der Resolution ausgedrückte Wunsch, eine Versammlung mit den Arbeitgebern zu haben, scheint uns in dem vorliegenden Fall kaum zum gewünschten Ziele zu führen. Der Verband der Eisenindustrie ist, wie die zahlreichen Versammlungen der letzten Jahre beweisen, stets bereit gewesen, mit den Arbeiter-Vertretungen, sobald diese nur einigermaßen legitimiert waren, zu beraten und nach Lage der Sache zu verhandeln. Unsere Ansichten über Verkürzung der Arbeitszeit, Minimalöhne und Abschaffung der Accordarbeit sind Ihnen aber hinlänglich bekannt, so daß ein Stoff für Verhandlungen nicht vorliegt. Sollten Sie aber trotzdem eine

mündliche Aussprache wünschen, die ja vielleicht zur Klarstellung der Verhältnisse beitragen kann, so sind wir bereit, mit Vertretern der streikenden Arbeiter zusammenzutreffen.

**Unternehmerterrorismus.** Vor acht Tagen brachten sogar bürgerliche Zeitungen eine Kundgebung des „Vergifteten Unternehmerverbands“, die die Aussperrung der Arbeiter des Schlebuscher Betriebs der Elberfelder Firma Schlieper u. Engländer ankündigte. Die Arbeiter hatten die Kündigung eingereicht, weil einige Kollegen gemaskert wurden. Selbst in der bürgerlichen Presse wurde das Verhalten des Unternehmerverbands einer mehr oder minder scharfen Kritik unterzogen. Das hat nun aber den Unternehmerverband nicht abgehalten, die angekündigte Aussperrung aus sämtlichen Betrieben der Verbandsmitglieder zur Thatfache werden zu lassen. Am Dienstag, 11. cr., wurde nämlich an sämtliche Verbandsmitglieder folgendes Schreiben gerichtet:

„Mit Bezug auf unsere Anzeige Nr. 16 vom 28. v. M., betreffend den bei der Firma Schlieper u. Engländer in Elberfeld bezüglich ihres Schlebuscher Betriebs ausgebrochenen Zustand teilen wir Ihnen ergebnis mit, daß der Vorstand nach geführter Sachuntersuchung beschlossen hat, obiger Firma den Schluß des Verbands endgültig zu gewähren.“

Demgemäß sind Sie auf Grund des § 29 der Satzung verpflichtet, bis zum Empfang einer schriftlichen Mitteilung des Vorstands über die Beendigung des Ausstands und drei Monate darüber hinaus ohne Genehmigung des Vorstands keine Arbeiter obiger Firma einzustellen.

Bezüglich der ausländischen Arbeiter, welche auf der beiliegenden Liste verzeichnet sind, darf dieses unter keinen Umständen geschehen; bezüglich der übrigen, nicht ausländischen Arbeiter — deren Aufnahme in der Liste namentlich im Hinblick auf Großbetriebe nicht thunlich erscheint — kann dies nur ausnahmsweise und nach vorher eingeholter Genehmigung der Firma stattfinden.

Wir bitten Sie, bei Einstellung neuer Arbeiter mit aller Sorgfalt zu verfahren und nur solche aufzunehmen, die sich durch einen Entlassungsschein über ihre letzten Arbeitsstellen genügend ausweisen können.

#### Schachstein

Der Vorsitzende: Dr. C. Duisburg.  
Der Geschäftsführer: Rechtsanwalt Krüll.  
Die diesem Schreiben beigefügte Liste umfaßt 219 Arbeiter, darunter 107 weibliche.

Wes 3 Monate über die Dauer des Ausstands hinaus sollen die Arbeiter aus allen Betrieben des vergifteten Unternehmerverbands ausgesperrt, dem Hunger überliefert werden.

Das ist die Taktik, die christliche Unternehmer gegen christliche Arbeiter einschlagen. Und da hat man noch den Mut, den Arbeitern anzupfehlen, Hand in Hand mit dem Unternehmer die Befreiung der Lage der Arbeiter anzustreben. Bei einer solchen Taktik des Unternehmertums, die an Brutalität gewiß nicht übertroffen werden kann, wird es doch noch dahin kommen, daß auch die rheinischen Textilarbeiter einsehen werden, wo ihr Platz ist im Kampf für ihre Existenz.

**Der Streik der Installateure in Magdeburg** wird vielfach durch Zuzug aus andern Orten schwer geschädigt. Es erscheint deshalb dringend notwendig, daß die Metallarbeiter auf diesen Ausstand mehr achtgeben.

**Die Steinseger-Zimung in Leipzig** scheint nun doch ihren hochmütigen, streng ablehnenden Standpunkt gegen die Arbeiter aufzugeben. Wie uns ein Privattelegramm meldet, ist von der Zimung jetzt das Gewerbeamt als Einigungsamt angerufen. Die Verhandlungen finden am Freitag statt.

**Ein Verzweiflungssakt.** In Kachen bei der Firma Herz u. Hahmann sind die Weber in den Ausstand getreten. Grund hierzu ist eine Lohnreduzierung von 25 und mehr Prozent. Nur die Verzweiflung kann die Ausständigen zu dem Schritt getrieben haben. Denn hier ist eine Niederlage der Arbeiter nur zu gewiß. Man bedenke, weit über 3000 Arbeitslose in der Textilbranche in Kachen und die noch in Arbeit stehenden werden nicht voll beschäftigt. Der christliche Textilarbeiter-Verband unterstützt die Ausständigen.

**Zum Streik in den Mainzer Lederwerken.** Die unter falschen Vorpiegelungen von der Firma hierher gelockten Arbeiter mußten, nachdem gütliches Zureden fruchtlos blieb, wieder freigegeben werden, nachdem die Arbeiter die 8,00 M. für Fahrgehalt an die Firma zurückerstattet hatten. Die Arbeiter haben nun bei dem Gewerbeamt Klage gegen die Firma erhoben. Ein zweiter Transport der Arbeiter ist nach einer Filiale der Fabrik geschafft, wo es bisher nicht gelang, mit den Leuten zusammen zu kommen. Sicher ist, daß dem Herrn Kommerzienrat Michel die Aktion vollständig mißlungen ist und selbst Mittel fehlgeschlagen, die nur ein Fabrikant besitzen kann, der im Gefühl seiner Stellung glaubt, für ihn bedeuten die Gesetze kein Hindernis, wenn er von seinen Machtmitteln je nach Gutdünken Gebrauch macht.

#### Ausland.

**In Marseille** befinden sich etwa 1200 Wäcker im Ausstand. Die Militärbäckerei versucht, die Stadt mit Backwaren zu versorgen.

**Von der jüdischen Arbeiterbewegung in Westrußland und Polen.** In Warschau haben die während der Verdringung eines Mitglieds der ehemaligen Partei „das Proletariat“ Verhafteten im Gefängnis eine Hungerrevolte veranstaltet. Die inhaftierten Arbeiter haben sich geweigert, auf Befehl der Gefängnisdirektion Wasser aus dem Dienstgebäude nach ihren Zellen zu tragen. Infolge dessen blieben sie ohne Wasser und nun weigerten sie sich, überhaupt jedwede Nahrung zu sich zu nehmen. Dieser „Hungerstreik“ endigte nach einer dreitägigen Dauer mit einem Siege der gefangenen Arbeiter.

In Lodz sind 600 jüdische Weber, dieselben, die vor ein paar Monaten streikten, in einen neuen Streik getreten. Sie fordern Erhöhung der Löhne und Herabsetzung der Arbeitszeit.

In Schaulen (Gouvernement Kovno) haben eine ganze Reihe von Streiks stattgefunden. Die jüdischen Schuhmacher haben den zehntägigen Arbeitstag gefordert und erungen. Die Schloffer haben durch einen Streik den Arbeitstag um eine halbe Stunde verkürzt. Der Streik der jüdischen und christlichen Maurer hat zu einer Herabsetzung des Arbeitstags auf 11 1/2 Stunden geführt; es ist das auch ein großer Erfolg, da vor dem ihre tägliche Arbeitszeit 15—16 Stunden dauerte. Die Organisation der Maurer in Schaulen ist noch schwach. Die Organisation wird, bedingungslos die Maurer in einen Kampf um den zehntägigen Arbeitstag zu treten. Es hat auch ein Streik auf der Zigarettenhilfen-Fabrik von Alfas stattgefunden, der mit dem Siege der Arbeiterinnen endete.

In Smorgon (Gouvernement Wilna) hat unter Beteiligung von ein paar hundert Arbeitern eine Demonstration aus Anlaß der Verdringung eines Genossen stattgefunden. An dem Grabe wurde eine Rede gehalten. In Smorgon ein kleines Städtchen ist, ist diese Demonstration kein unbedeutendes Ereignis.

Der Streik der jüdischen und christlichen Arbeiter dauert noch fort. Zur Zeit erstreckt er sich auf die folgenden Ortschaften: Kruski, Smorgon, Aufschang und Sabladowo.

In Wilna erschien dieser Tage die in einer geheimen Druckerei hergestellte Nummer 2 des lokalen sozialdemokratischen Blatts: „Der Klassenkampf“.

#### Sociales.

**Die Entwicklung der Industrie in Japan.** Japan, dieser aufstrebende Staat, ist eifrig bemüht, kräftige Industrie im Lande zu schaffen. Das ist ihm während der letzten zehn Jahre in hohem

Maße gelungen und der Export japanischer Industrie-Erzeugnisse hat eine beträchtliche Steigerung erfahren. In den ersten neun Monaten des Jahres 1899 hat die Einfuhr 153 622 681 Yen (1 Yen = 2,00 M.), betragen, gegen 219 715 155 Yen in demselben Zeitraum des Vorjahres. Bei der japanischen Ausfuhr war das Verhältnis 161 029 309 Yen im Januar—September 1899 gegen 12 657 601 Yen im Januar—September 1898.

Infolge des Aufschwungs der Baumwoll-Industrie ist namentlich die Einfuhr von Rohbaumwolle stark gestiegen und zwar von nicht ganz 88 1/2 Millionen Yen für 1898 auf über 47 1/2 Millionen Yen für 1899. Dementsprechend ist die Einfuhr von Baumwollwaren erheblich zurückgegangen und zwar von ca. 9 1/2 Millionen Yen auf ca. 5 1/2 Millionen Yen, während sich gleichzeitig die Ausfuhr von Baumwollgeweben von 1,8 Millionen Yen auf 2,6 Millionen Yen und diejenige von Baumwollgarn von 14,6 Millionen Yen auf 20,9 Millionen Yen gehoben hat. In Rohwolle stieg die Einfuhr von 1,1 auf 3 Millionen Yen, in Rohwaren sank sie von 9,8 auf 5,8 Millionen Yen. Infolge der günstigen japanischen Reiseernte ist die Reiseeinfuhr von 47,2 auf 1,9 Millionen Yen zurückgegangen. Weiterhin sind gefallen die Einfuhr von Eisen und Stahl von 6,8 auf 4,6 Millionen Yen, die von Lokomotiven und Maschinen von 10 Millionen auf 6,2 Millionen Yen und die Zudereinfuhr von 13,1 auf 11,6 Millionen Yen. Unter den Ausfuhrartikeln Japans weisen außer Baumwollgarn noch erhebliche Mehrbeträge auf: Kupfer von 4,97 auf 8,63 Millionen Yen, Reis von 2,8 auf 8,5 Millionen Yen, Rohseide von 26,1 auf 43,2 Millionen und seidene Gewebe von 7,94 auf 10,97 Millionen Yen.

**Gefundheitsgefahren in Zinoleumfabriken.** Eine recht eingehende Beachtung der Gewerbe-Aufsichtsbeamten verdienen die Zinoleumfabriken. In den Korkmahlwerken derselben beschäftigt nicht allein der Korkstaub die Arbeiter oft empfindlich, sondern es kommen auch zuweilen hier Staubexplosionen vor, indem durch Funkenbildung beim Reiben die Mahlsteine gegen einander eine plötzliche Entzündung des feinen Korkstaubs erfolgt, wodurch dabei beschäftigte Arbeiter schon mehrfach schwer verbrannt wurden, ja 1895 im Bezirk Potsdam ein Arbeiter an den Folgen einer solchen Verbrennung starb. Aber größer als die Unfallgefahr und die Feuergefahr ist die gesundheitliche Schädigung der Arbeiter in den Zinoleumfabriken, und auf diese möchten wir besonders aufmerksam machen. Das hier verwendete Leinöl wird zum Zweck der Entzunderung mit Bleiglätte bis circa 250 Grad erhitzt und dann behufs Oxydation einem warmen Luftstrom ausgesetzt, indem man es an großen, senkrecht ausgestrahlten Tüchern herablaufen läßt, durch die ein warmer Luftstrom streicht. Bei dieser Oxydation entwickeln sich große Mengen höchst unangenehm und stark riechender und reizender Dämpfe von Alkoholen und Fettsäuren, wie Ameisensäure, Essigsäure, Propionsäure und andre, wodurch die Augenbindehaut und die Schleimhäute der Atmungsorgane in gefährlicher Weise gereizt werden. Auch die Arbeiter, die an diese Beschäftigung gewöhnt sind, werden mit der Zeit durch den Aufenthalt in solchen Räumen empfindlich an ihrer Gesundheit geschädigt und namentlich von chronischen Erkrankungen ihrer Atmungsorgane betroffen. Hier ist nicht nur die maschinelle Aufbringung des gefochten Leinöls auf die ausgestrahlten Tücher, sondern jedesmalige gründliche Durchlüftung der Räume vor Betreten derselben erforderlich.

#### Aus der Frauenbewegung.

**Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein zu Rixdorf** hatte am 4. September eine Versammlung anberaumt, in der Herr Dr. Bernstein einen Vortrag über Gesundheitspflege hielt. Dem interessanten Vortrag folgten die zahlreich erschienenen Zuhörerinnen mit gespannter Aufmerksamkeit und es entspann sich eine rege Diskussion. Der Vorstand wurde beauftragt, ein Flugblatt auszuarbeiten.

#### Versammlungen.

**Eine anseherndlich zahlreiche besuchte öffentliche Versammlung**, vom Gewerkschaftskomitee einberufen, tagte am Dienstagabend in Kellers Festsaal. Das Referat über das Thema: „Das ist die deutsche Gewerkschaftsbewegung unpolitisch oder neutral sein?“ hatte der Parteigenosse Theodor Meyer übernommen. Der Redner führte ungefähr aus: Wie bei Beginn der Arbeiterbewegung die Frage sich erhoben habe, ob die Bewegung national oder international sein solle, so werde jetzt die Frage ventilirt, ob neutral oder parteipolitisch. Das, was auf gewerkschaftlichem Boden erungen wird, könne nur festgehalten werden, wenn die Gewerkschaften ihre Mitglieder dahin erziehen, das Errengene legislativ festzulegen. Da aber keine bürgerliche Partei den Arbeitern irgend welche nennenswerten Zugeständnisse macht, so bleibe eben nur übrig, die Gewerkschaften zugleich zu Socialisten zu erziehen. Gewiß solle man in den Gewerkschaften in erster Linie allgemeine Arbeiterpolitik betreiben, aber da die Arbeiter nur von Socialdemokraten in ihren Forderungen unterstützt würden, müsse logischerweise die gewerkschaftliche Politik zugleich eine socialistische sein. Man solle auch nicht glauben, daß die konfessionell organisierten Arbeiter zu den Gewerkschaften hinübergezogen werden können, wenn sich die letzteren für neutral erklärten. Selbstverständlich würde es falsch sein, wenn in die Gewerkschaften nur Socialdemokraten eintreten könnten; der Beitritt müsse allen Arbeitern gestattet sein ohne Rücksicht auf das religiöse oder politische Bekenntnis.

Redner führt im Lauf seines Vortrags weiter aus, daß durch die Aufhebung des § 8 des Vereinsgesetzes (Verbot des Inverbindlich-tretens) die Frage der „Neutralität“ der Gewerkschaften in den Vordergrund gerückt worden sei.

Der Fall jener gesetzlichen Bestimmung, die hemmend der Gewerkschaftsbewegung im Wege gestanden, sei das Ergebnis der politischen Thätigkeit und jenes Prozesses, der gegen Kuer und Genossen geführt worden sei.

Unsere ganze socialpolitische Gesetzgebung sei nur durch die politische Bewegung, durch die socialdemokratische Arbeiterklasse erzwungen worden, aber nicht durch Neutralität, die heute den Gewerkschaften empfohlen werde.

In diesen müsse geprüft werden, welche Partei die Interessen des Proletariats gegenüber der herrschenden Klasse vertrete und das Urteil könne nur lauten: die Socialdemokratie. (Lebhafte Beifall.) Er bitte um die Annahme der Resolution.

**Resolution:** „Die Gewerkschaftsversammlung erklärt nach Anhörung des Referenten wie folgt:

1. Daß der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter nur dann mit dem nötigen Nachdruck und der nötigen Einheit geführt werden kann, wenn er als Klassenkampf der Arbeiterklasse gegen die Ausbeutung anerkannt und geführt wird.

2. Daß dieser notwendige und unermidliche Klassenkampf nur unter engem und bewußtem Anschluß an die Grundzüge und Forderungen der socialdemokratischen Partei Deutschlands mit Aussicht auf dauernden Erfolg geführt werden kann. Infolge dessen ist eine Trennung der gewerkschaftlichen Organisation von der bewußten socialistischen Bewegung unmöglich, soll nicht der Kampf um die Befreiung der Lage der Arbeiter ausichtslos gemacht werden. Die Versammlung betrachtet daher alle Bestrebungen, die den Zusammenhang der gewerkschaftlichen Bewegung mit der Socialdemokratie verneinen, als arbeitserfindliche und ist deshalb der Ansicht, daß die socialistische Agitation in den gewerkschaftlichen Organisationen mit Nachdruck betrieben werden muß, damit die Arbeiter klar begreifen, daß die gegensocialistischen Arbeiterfreunde nur auf Erhaltung, wenn auch auf Erträglichmachung der heutigen Zustände hinarbeiten, niemals aber die Befreiung des Proletariats aus der Lohnneidenschaft bezwecken, die nur das Ziel des Socialismus ist.

Daraus ergibt sich, daß gewerkschaftliche Organisationen, die sich den Axiomen des Socialismus „neutral“ gegenüberstellen, ihre Hauptpflicht veräumen, den schlaun Angriffen der Gegner das Feld

vorbereiten und eine Gefahr für die socialistische Arbeiterbewegung bedeuten. Die Versammlung erwartet daher von dem Parteitag der deutschen Socialdemokratie, daß derselbe bestimmte Stellung nimmt zu den Neutralitätsbestrebungen in der Gewerkschaftsbewegung.“

In der hierauf folgenden Diskussion spricht zunächst Kater: Er wolle nur hervorheben, wie so er komme, daß auf einmal nach Aufhebung des § 8 des Vereinsgesetzes die Gewerkschafts-Verbändler, die nur socialdemokratisch sein wollten, einen großen Rückzug veranfaßten. Im socialistischen Monatsheft vom Juli habe Kater erklärt, daß auf dem Gewerkschafts-Kongress in Halberstadt 1893 eine Auseinandersetzung mit den lokalorganisierten Häute kommen müßten, schon deshalb, weil diese Organisationen aus gesprochen socialdemokratisch sein wollten. Auf den Leim der Sombart und Genossen, durch eine gewisse Form der Gewerkschaftsorganisation alle Arbeiter unter einen Hut zu bringen, seien Legien, Elm und noch größere gegangen. Kater komme ganz in das Hirsch-Dundersche Fahrwasser mit seinem Bestreben, das Unterstützungswesen noch weiter auszubauen. Das Hauptaugenmerk werde damit auf die Unterstützung gerichtet. Die „Neutralität“ der Gewerkschaften sei ein Experiment zu dem Zweck, jene Arbeiterbewegten, die heute den Schwanz anderer politischer Parteien bilden, heranzuziehen. Wie viel müsse da von unsren Principien geopfert werden? Er sehe nicht auf dem Standpunkt, daß jeder Organisierte Socialdemokrat sein müsse, aber es sei unsere Aufgabe, jeden zu einem thätigen Genossen zu erziehen. Andre Tendenzen seien arbeitserfindlich.

Kater vermehrt die Erläuterung der Taktik der neutralen Gewerkschaften seitens des Referenten, erklärt, daß die Gewerkschaften politisch sein müßten. Die centralisierten Gewerkschaften hätten bloß den Zweck, die Kassen zu füllen.

Kater bemerkt, daß im staatlichen wie im wirtschaftlichen Verbands zwei Parteien einander gegenüber ständen: die eine wolle die heutigen Zustände konservieren, die andre wolle sie abschaffen. Die bestehende Klasse erblicke im allgemeinen Stimrecht eine Gefahr deshalb, weil die Arbeiterklasse socialdemokratisch wähle. Es sei daher ihr Bestreben, zwischen Führern und Arbeitern einen Keil zu treiben, indem sie durch Inaugurierung der Versicherungsgesetzgebung usw. den Arbeitern zeigen wolle, daß die Bourgeoisie bereit sei, den „Verführten“ zu helfen.

Aber mit 3 1/2 Pfennig Rente sei nicht viel zu machen. Es müsse den Arbeitern klar gemacht werden, daß nur durch Verwirklichung der Endziele des Socialismus ihre Befreiung aus den heutigen Fesseln ermöglicht werden könne.

Diese Belehrung sei in den Gewerkschaften am besten möglich. Neutrale Gewerkschaften seien nur für Leute a la Sombart.

Der Anstich von David in den jüngsten Nummern der „Socialist. Monatshefte“, in welchem die Anschauung vertreten wurde, daß durch Weglassung der Politik in den Gewerkschaften sich eine weitgehende Organisation schaffen lasse, sei ein Trugbild. Eine solch weitgehende Organisation bedeute die Unterdrückung der Freiheit des Einzelnen. Sei eine solche Einheit socialdemokratisch?

Jeder müsse sich organisieren können wie er wolle; aber nur auf dem Boden des Klassenkampfes. Die Gewerkschaften sollten nicht nur Vorkursen, sondern wirkliche socialistische Organisationen sein. Centralisation in großem Maßstabe sei ein Hingepfiff. Was der katholischen Kirche nicht gelang trotz aller Macht und Intelligenz, gelang manchen Gewerkschaftlern erst recht nicht. Eine Trennung von der Socialdemokratie dürfe unter keinen Umständen stattfinden.

Wer muth macht Bebel für die jetzige Kritik an den Gewerkschaften verantwortlich und erklärt sich für die Resolution.

Stritt verweist darauf, daß im selben Saale in einer großen Bierbohrer-Versammlung vor sechs Jahren die Aufforderung an alle Arbeiter ergangen sei, sich auch politisch zu organisieren und eine diesbezügliche Resolution angenommen worden sei.

Nach dem heutigen Neutralitätsbesuch könne man eine solche Resolution gar nicht mehr einbringen.

Kleinlein führt aus: In Anbetracht dieser Tagesordnung müsse man sagen: „Arbeiterklasse Deutschlands, wie tief bist Du gesunken!“ Den politischen Führern sei der Boden zu heiß und die Verantwortung für kommende Ereignisse zu groß; deshalb suchten sie in ein andres Fahrwasser zu segeln.

Mehr polemisiert gegen Kater, nach dessen Meinung er als Anarchist in keine Gewerkschaft eintreten könne.

Nach einer komplizierten und erregten Geschäftsordnungs-Debatte wird die Diskussion fortgesetzt.

Moritz spricht gegen die „Neutralität“ und für die Resolution. Auf Beschluß der Versammlung erhalten nur noch Gegner der Resolution das Wort.

Als solcher spricht Dempsowitz gegen die Resolution, erklärt den Parlamentarismus für abgewirtschaftet und empfehle die „revolutionäre Taktik“. Sein Abkhwachen von der Sache machte die wiederholte Intervention des Vorsitzenden nötig.

Henschel als letzter Redner spricht sich unter wachsender Naruse der Versammlung, die sich allmählich zu lösen beginnt, für die Neutralisierung der Gewerkschaften aus.

Nach einem kurzen Schlusswort des Genossen Wegner, der Bebel gegen verschiedene Unterstellungen an der Hand seiner Vordröhre in Schau nimmt und die verschiedenen Einwände der anarchischen Redner entkräftet, erfolgte die Annahme der Resolution mit allen gegen sechs Stimmen.

#### Lezte Nachrichten und Depeschen.

**Frankfurt a. M., 12. September. (W. S.)** Die „Frankf. Jtg.“ meldet aus New-York: Das Staudrecht ist in Galveston proklamiert und die Küst einberufen worden. In der Stadt wird stark patronisirt. Mehrere Regter wurden bereits erschossen. Der Schaden wird jetzt auf 45 Millionen geschätzt. Kerze und Proviant sind von hier abgegangen. Der Sturm hat gestern Chicago erreicht. Er hat alle Dämme zerstört und total abgepfiffen. Die Kaufleute von Galveston besuchten einen vollständigen allgemeinen Bankrott, da man glaubt, daß die Versicherungsgesellschaften ihren Verpflichtungen nicht nachkommen werden. Die Banken weigern sich, Geld zu geben, da sie den Seehandel von Galveston als für immer ruiniert ansehen.

**Frankfurt a. M., 12. September. (W. S.)** Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Shanghai vom gestrigen Tage. In Nord-Schantung haben sich die Boger mit der Gesellschaft „Großes Messer“ vereinigt. Es geht das Gerücht, reguläre chinesische Truppen hätten im Norden von Kiang-su den Bogern ein Treffen geliefert und seien geschlagen worden.

**Trier, 12. September. (W. S.)** In der hier tagenden Versammlung des „Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege“ hat das Kultusministerium den Geheimen Ober-Medizinalrat Dr. Viktor Berlin entsandt. Der Regierungspräsident begrüßte heute die Anwesenden. Die Versammlung empfahl eine Reihe von Maßregeln gegen die Pestgefahr, wie peinlichste Sauberkeit, Desinfektion, kleinmögliche Vernichtung von Abfällen, Vertilgung der Ratten und Mäuse als Verbreiter der Seuche und Angelegenheit in Erkrankungsfällen. Die Versammlung beschloß ferner, den Reichsanstalt um Einführung der ärztlichen obligatorischen Leichenschau durch Gesetz zu ersuchen.

**Briun, 12. September. (W. S.)** Infolge furchtbaren Gewitters brach im Wallfahrtsort Hosrin eine Paul aus. Vier Klüder wurden erdrückt und zahlreiche verwundet.

**Konstantinopel, 12. September. (W. S.)** Der Sultan ordnete die strenge Untersuchung des Zwischenfalls von Daisa und die Verhaftung der Schuldigen, sowie besseren Schutz der dortigen deutschen Kolonie an.

**Kayser, 11. September. (W. S.)** General Buller erbeutete auf dem Marsch nach Epiklop eine Kanone und mehrere Tonnen Nahrungsmittel. Die Boeren wachen eine schwere Kanone, einige Tonnen Munition und dreizehn Wagen den Bergabhang hinunter, um deren Erbeutung durch die Engländer zu verhindern.

Unferm neuesten Kurs.

- 1. Würzburg. Genosse Dullmer wegen Verleumdung eines Drechslermeisters 30 M. Geldstrafe.
2. Hamburg. Wegen Verleumdung des Offiziercorps der deutschen Armee Genosse Wollenbühr 300 M. Geldstrafe.
3. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Dylong drei Monate Gefängnis wegen Religionsvergehen.
4. Berlin. Bauarbeiter Schmidt wegen verführter Rädigung 30 M. Geldstrafe.
5. Erfurt. 14 Tage Gefängnis Genosse Papp wegen Verleumdung der Wagenführer der Straßenbahn.
6. Halle. Wegen Verteilens von Druckschriften ohne polizeiliche Erlaubnis Genosse Sasse und Frau je 6 M. Geldstrafe.
7. Bremen. Genosse Rhein wegen Verleumdung des Senats 3 Monate Gefängnis.
8. Chemnitz. Wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften Genosse Leisen 30 M. Geldstrafe.
9. Frankfurt a. M. 15 bzw. 10 M. Geldstrafe zwei Arbeiter wegen Verleumdung eines Gendarmen.
10. Glogau. In der Berufungsinstanz Genosse Stolpe-Grünberg wegen Fabrikantenbeleidigung 1 Monat Gefängnis.
11. Halle. Genosse Thiele wegen 2 Verleumdungen 300 bzw. 600 M. Geldstrafe.
12. Jittau. 300 M. Geldstrafe Genosse Fischer wegen Verleumdung eines Redacteurs.
13. Berlin. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung die Maurer Reinsdorf, Lamprecht und Schulze 6 bzw. 3 und 2 Monate Gefängnis.
14. Kiel. Die Genossen Korn, Rehbein und Müller wegen Verleumdung einer Hebamme 200 bzw. 60 und 50 M. Geldstrafe.
15. Jittau. 1 Woche Gefängnis Genosse Sasse wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung.
16. Halle. Wegen Verleumdung eines Amtsvorstehers Genosse Polony 30 M. Geldstrafe.
Insgesamt wurde erkannt auf 1 Jahr, 6 Monate und 4 Wochen Gefängnis und 1802 M. Geldstrafe.
Berlin, den 10. September 1900.
Der Parteivorstand.

Parteitag der italienischen Socialdemokratie.

Rom, 10. September.

Die wichtige Frage der Parteipresse nahm auch heute die ganze Vormittagsstunde in Anspruch. Man kam noch einmal auf die Tagespresse zu sprechen; dann debattierte man lange Zeit über die wöchentlich erscheinenden Parteiorgane; endlich beschäftigte sich die Versammlung mit den Propagandaflugblättern, mit der Bibliothek, mit der Frage der Druckereien usw.

Von dem Erscheinen einer zweiten täglichen socialdemokratischen Zeitung fürchten einige Genossen, daß sie die Existenz des „Avanti“ gefährden könnte. Aus den finanziellen Berichten der Administration erhobte aber glücklicherweise, daß das Fortbestehen unseres Centralorgans minime gefährdet ist. Andererseits ist es nicht zu leugnen, daß der in Rom erscheinende „Avanti“ nicht in der Lage ist, der großen socialdemokratischen Bewegung in Piemont zu folgen. Dazu kommt noch, daß während es in Mailand mehrere demokratische und republikanische Zeitungen gibt, um die sich die Massen scharfen, Turin nur monarchistische Blätter besitzt. Eine in Turin erscheinende socialdemokratische Zeitung würde deshalb bei einem großen Teil der Bevölkerung Eingang finden. In diesem Sinne sprachen die meisten Redner; und die Versammlung gab ihnen auch recht, indem sie mit großer Mehrheit eine Tagesordnung des Genossen Rossi annahm, die dahin lautete:

„die piemontesischen Genossen zu berechtigen, ihr wöchentliches Parteiorgan in ein tägliches zu verwandeln.

Was die wöchentlichen Parteiorgane in den andern Gegenden Italiens betrifft, so beschloß die Versammlung nach einer lebhaften Debatte, daß in jeder Provinz eine socialdemokratische Zeitung zu gründen sei, vorausgesetzt, daß sie ohne Unterstützung der Centralstelle bestehen könne. Eine Ausnahme wurde nur für Basilicata und Sardinien gemacht, wo die Zeitung direkt von der Parteileitung gegründet werden wird.

Bei der Frage der Propaganda beschloß die Versammlung, daß die Lokalkomitees für die Verbreitung der Flugblätter zu sorgen haben, die eventuell in Dialekten verfaßt und zu ganz billigen Preisen, soweit nötig unsonst, verteilt werden sollen. Genosse Ferri empfiehlt die Gründung einer socialdemokratischen Bibliothek, deren Ueber-schüsse in die Centralstelle fließen.

Die Vormittagsstunde wird geschlossen mit der Genehmigung einer vom Genossen Bertelli vorgeschlagenen Tagesordnung, nach welcher alle socialdemokratischen Zeitungen nur von solchen Druckereien gedruckt werden dürfen, die den üblichen Tarif angenommen haben.

Die Nachmittagsstunde beginnt wieder mit einem Disziplin-fall. Genosse Ferrati schlägt ein Zabelsvotum gegen Genossen Boreiani vor, der auch bei Gelegenheit der Ermordung des Königs Humbert gegen die Disziplin der Partei verstoßen habe. Genosse Boreiani ist nämlich Bürgermeister von Reggio in Emlien und soll bei Eröffnung der Sitzung eine Rede gehalten haben, die weder den Fremden noch den Feinden gefiel. Die Versammlung beschloß aber, nach einem Vorschlag von Turati, die Angelegenheit an die Lokalkommission von Reggio zu überweisen.

Hierauf ergriff Genosse Bonomi das Wort, um seinen Bericht über die Frage der „Beteiligung der Partei an den Kommunalen und Lokalverwaltungen“ zu erstatten. Die Frage — sagt der Referent — ist eine doppelte: Sollen wir danach trachten, als Reichheit in einen Gemeinderat einzutreten? Und wenn es uns gelungen ist die Reichheit zu erlangen, sollen wir dann weiter kämpfen für die Eroberung der Gemeinde?

Nicht wenige Genossen sind gegen eine solche Politik, weil die Gemeinden noch nicht jene Unabhängigkeit besitzen, die zur Durchführung der socialdemokratischen Kommunalpolitik notwendig ist. Referent behauptet dagegen, daß die Eroberung der Gemeinden für die Partei schon jetzt eine Notwendigkeit sei. Wenn dann die Socialdemokraten den Gemeinderat erobert hätten, dann müßten sie ihre kommunal-socialistische Thätigkeit entwickeln, indem sie alle öffentlichen Dienste (Wasserleitung, Straßenbahn usw.) an die Gemeinde überwießen, die Gemeindezölle abschafften, für die Gemeinde-Autonomie kämpften, das Referendum einführen etc.

Ueber alle diese Fragen erobert sich eine Debatte, die an Lebhaftigkeit und Gründlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Vorsitzender Costa macht aber die Versammlung darauf aufmerksam, daß die Zahl der angemeldeten Redner eine allzugroße sei; daher wird die Fortsetzung der Debatte auf Dienstag um 7 Uhr verschoben.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Spandau. Morgen, Freitagabend 8 1/2 Uhr, findet im Weheschen Lokale hier selbst, Wilhelmstraße 39, eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung statt, in welcher die socialdemokratischen Stadtverordneten über ihre bisherige Thätigkeit im Stadtparlament, unter besonderer Berücksichtigung der Stadtverordnetenbeschlüsse aus letzter Zeit, Bericht erstatten werden. Mit Rücksicht hierauf und auf die am Sonnabend beginnende Erziehungswahl wird ein recht zahlreicher Besuch bestimmt erwartet.

Grünau. Der Rauchklub „Starke Tabak“ feiert am Sonnabend, den 16. September, sein Stiftungsfest im Lokal des Herrn Lindenhahn. Da der Klub seine Willeits hauptsächlich in Arbeiter-treuen ablegt, so machen wir die Genossen darauf aufmerksam, daß das Lokal für uns gesperrt ist. Die Lokalkommission.
Preis. Freitag-Veranstaltung. Vortrag des Genossen Wach. Gäste haben Zutritt.

Tokales.

Die Versicherungskassal Berlin im Jahre 1899. Die Rentengeschäfte. Nach dem soeben erschienenen Geschäftsbericht der Landes-Versicherungskassal Berlin für das Jahr 1899 gingen im Berichtsjahre 334 Anträge auf Gewährung von Altersrenten und 2697 Anträge auf Gewährung von Invalidenrenten ein. Bewilligt wurden 235 Altersrenten und 1597 Invalidenrenten. Am Schlusse des Jahres waren 2623 Altersrentner und 5554 Invalidenrentner vorhanden. Es waren vorhanden am Schlusse des Jahres:

Table with 3 columns: Altersrentner, Invalidenrentner, and Gesamtsumme. Rows show data for years 1891 to 1899.

In diesen Summen befinden sich auch die Anteile der Anstalt Berlin an Renten, die von andern Landesversicherungsanstalten gezahlt wurden und z. B. im Jahre 1899 bei den Altersrenten 18 841 M. und bei den Invalidenrenten 48 637 M. betragen.

Als Ursachen der Invalidität wurden festgestellt die Lungenschwindsucht in 25,02 Proz. der Fälle bei Männern und in 14,59 Proz. der Fälle bei Frauen. Andere Lungenerkrankungen hatten bei Männern einen Anteil von 12,37 Proz. und bei Frauen einen solchen von 9,08 Proz. Auf Entkräftung, Blutarthrit und Altersschwäche entfallen 7,19 Proz. männliche und 13,02 Proz. weibliche Fälle; Gelenkrheumatismus und Gicht 7,06 Proz. männliche, 11,87 Proz. weibliche; Krankheiten des Herzens und der großen Blutgefäße 7,41 Proz. männliche und 7,82 Proz. weibliche Fälle. Alle sonstigen Krankheiten hatten geringeren Anteil an den Ursachen der Invalidität.

Anträge auf Uebernahme der Krankensürsorge wurden im Berichtsjahre 2312 erledigt und davon 1126 abgelehnt. Die Anträge gingen von 1852 Männern und 460 Frauen aus. Von den Männern waren 1078 und von den Frauen 331 lungenschwindsüchtig. Vorgemerkt waren noch viel mehr Lungentuberkulose, deren Anträge jedoch im Jahre 1899 nicht mehr erledigt werden konnten.

Die Kosten des Heilverfahrens sind von 250 000 M. im Jahre 1898 auf 300 000 M. im Jahre 1899 gestiegen und für 1900 sind 770 000 M. dafür ausgeworfen. Für 1900 ist, wie schon mitgeteilt, geplant, die Siphilis in den Kreis der zu bekämpfenden Krankheiten einzubeziehen, zu welchem Zweck bereits ein Grundstück in einem Vorort Berlins angekauft ist.

Wesentlich an Krankensürsorge genommen wurden im Berichtsjahre im ganzen 408 Lungenschwindsüchtige und 465 wegen anderer Krankheiten. Davon wurden dem Sanatorium Gütergoß 449 überwiesen, 79 wurden in die Heilanstalt Koblau, 148 nach Grabowsee, 165 nach Görbersdorf, 33 nach Andraaberg und die übrigen nach andern Anstalten geschickt.

Ueber die Heilerfolge ist zu erwähnen, daß im Jahre 1899 aus Gütergoß 459 Personen entlassen wurden, von denen 407 als erwerbsfähig im Sinne des Gesetzes zu betrachten waren und unter ihnen 220 als geheilt. Lungenschwindsüchtige wurden 434 männliche aus den verschiedenen Anstalten entlassen, davon 12 als geheilt und 363 als gebessert; weibliche wurden entlassen 167, davon als geheilt keine und als gebessert 133.

Die in städtischer Waisenkostpflege untergebrachten Säuglinge werden in Berlin seit dem 1. Dezember 1898 durch Aerzte und Waisenhelferinnen gesundheitlich beaufsichtigt.

Ueber die Erfahrungen, die bisher gemacht worden sind, hat jetzt der Magistrat den Stadtverordneten eine Vorlage zu gehen lassen. Das Urteil der Aerzte über die Pflegestellen ist im allgemeinen günstig. Nur drei Stellen mußten als ungenügend angegeben werden, dagegen wurden in vielen Fällen die große Sorgfalt und die wahrhaft mütterliche Aufopferung gerühmt, mit der sich die Pflegerinnen ihrer Kostkinder annehmen. Die gesundheitliche Beaufsichtigung wird von allen Säuglingsärzten für sehr wertvoll gehalten. Sie dient zur Belehrung derjenigen Pflegerinnen, denen es nicht an gutem Willen fehlt, die aber mit den Anforderungen einer rationell-hygienischen Kindererziehung noch nicht genügend vertraut sind, und zum Ansporn derjenigen, die ohne Kontrolle leicht in der Pflege ihrer Schutzbefohlenen erlahmen würden. Die Vorlage bezieht sich auf die neue Einrichtung als einen Fortschritt in der Waisenfürsorge.

Der Fortschritt kann jedoch tatsächlich nur einem Teil der Waisensänglinge zu gute kommen. Die Einrichtung war geschaffen worden in der Erwartung, dadurch die unter den Waisensänglingen herrschende Sterblichkeit zu verringern. Nach der Vorlage ist das bis zu einem gewissen Grade erreicht worden — beispielsweise haben infolge der Beaufsichtigung die Erkrankungen und Sterbefälle an Durchfall unter diesen Kindern abgenommen — aber im Jahre 1899/1900 starben von 251 beaufsichtigten Kindern doch immer noch 37. Die Vorlage erklärt das daraus, daß die Kinder oft aus den traurigsten Verhältnissen heraus der Waisenfürsorge überwießen wurden. Mit angeborener Lebensschwäche behaftet oder in atrophischem Zustande (d. h. im Zustande der Abmagerung) befindlich, werden diese Kinder in der Regel bald — oft schon nach wenigen Tagen — in den Pflegestellen von ihrem unermüdlichen Geschick ereilt.

Diese Mitteilungen werfen, nebenbei bemerkt, wieder einmal ein großes Licht auf die sociale Lage derjenigen Bevölkerungsschichten, aus denen die Berliner Waisenfürsorge anheimfallenden Kinder zu kommen pflegen.

Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 13. September dieses Jahres, nachmittags 5 Uhr, stehen u. a. folgende Gegenstände: Vorlagen, betreffend: die Erfahrungen bei der Beaufsichtigung der Waisensänglinge durch Aerzte und Helfertinnen, die Uebernahme des städtischen Blindenanstalt von der Frau Stadtgerichtsrath Dietrich letztwillig ausgesetzten Vermächtnisses, die Entscheidung des königl. Obergerichtsbezirks bezüglich der Tragung der Kosten des Transports gemeingefährlicher hilflosbedürftiger Geisteskranker nach den Irrenanstalten, die Errichtung der sechsten städtischen Volkshochschule im Stadteil Wedding, den Jahresabschluss der Hauptkasse der städtischen Werke für die Wasserverwaltung und den Gesamt-Jahresabschluss dieser Kasse für das Etatsjahr 1899.

Herr Dr. Leipziger. Im „St. Journal“ findet sich abermals folgende liebliche Blume aus Byzanz:

„Andere Nationen beneiden uns, daß wir einen Schaffensfrohen, denkenden Monarchen haben, der den großen Fragen der Zeit mit seltenem Verständnis folgt und ihnen auch oft vorant. Wir wollen uns das Bild dieses Mannes nicht durch parteiische schiefe Beleuchtung trüben lassen, wir wollen nicht, daß eine Reaktion seinen hohen Thätigkeitsdrang lähme. Dazu hat niemand ein Recht, und am wenigsten ein Reichstag, dem alle großen Bedürfnisse des Staatslebens abgerungen werden müssen, und der unter seinen 400 Hauptern auch nicht einen einzigen Mann sein eigen nennt, der den weiten staatsmännischen Blick und die ausgleichende Vielseitigkeit unseres Herrschers auch nur annähernd erfassen könnte.“

Herr Dr. Leipziger mag anstellen, was er will, einen Orden kriegt er doch nicht. Seine Verwandtschaft sowohl wie seine Begegnung, ja auch seine Gegenwart sind dem ein für allemal im Wege.

Die Unfähigkeit der Großen Berliner. Eine längere Verkehrsstörung machte sich gestern vormittag in der Leipziger Straße und deren Nebenstraßen empfindlich bemerkbar. Wieder rührte die Störung von der elektrischen Straßenbahn her. Von 7 bis gegen 9 Uhr konnten Privatfahrwerke und Fußgänger wegen der steden geliebtenen Accumulatorwagen nur mit der größten Mühe von der einen zur andern Seite der Straße gelangen. Auch am Diensttagabend zwischen 8 und 9 Uhr war für einen großen Teil der Stadt der Verkehr auf der Straßenbahn gesperrt. Die Gesellschaft will eben dem Berliner Publikum mit aller Gewalt ihre Unfähigkeit vor Augen führen.

Der diesjährige Oktoberumzug wird, wie aus den Kreisen der Möbeltransporteure mitgeteilt wird, einen großen Umfang annehmen. Ganz besonders zahlreich sind die Umzüge von Mietern kleiner Wohnungen, was jedenfalls bedingt ist durch bedeutende Mietsteigerungen, die überall vorgenommen wurden. In manchen Straßenzügen wird nicht ein einziges Haus von den Umzügen verschont bleiben. Bei Mittel- und großen Wohnungen werden verhältnismäßig wenig Quartierwechsel stattfinden. Vom 20. d. M. ab sind die Möbeltransporteure durch Vorbestellungen schon derartig in Anspruch genommen, daß zur Verwirklichung des Verkehrs fast die gesamten Möbelwagen Berlins in Benutzung genommen werden müssen. Im Oktober wird Berlin auch einen starken Zuzug finden, da fast sämtliche noch außerhalb gehenden Möbelwagen durch Rücktransporte in Anspruch genommen sind.

Zur Kohlennot schreibt man uns: In den Gasanstalten Berlins ist die Einrichtung getroffen worden, den Konsumenten 1 Hektoliter Coaks zu verabfolgen, wodurch sie dem Zwischenhändler und seiner Preisverhöhung entgehen. Für diejenigen, die in der Lage sind, sich diese Wohlthat zu verschaffen, ist es gewiß angenehm. Aber was fangen die Armen an, und deren sind nicht wenig, die nur für 5, 10 oder 20 Pf. kaufen können? Gerade diese Leute sind gezwungen, die Gasanstalten so kleine Posten nicht abgeben, sich an die Händler zu wenden und deren Preisauflage zu tragen. Diese Lücke sollte unter allen Umständen beseitigt werden.

Wegen eines schweren Stillschlechtsverbrechens ist der Raurer Carl Vorch aus Berlin von der hiesigen Kriminalpolizei in Haft genommen worden. Vorch war auf einem Ausflug nach Bornitz gekommen, überall dort auf freiem Felde eine wehrlose, ältere Frau und vergeblichste sie. Es gelang ihm zwar, nach seiner Unthat zu entfliehen, doch konnte seine Persönlichkeit alsbald ermittelt werden, worauf hier seine Verhaftung erfolgte.

Ein Liebesdrama. Gestern vormittag gegen 11 1/2 Uhr versuchte der in der Artilleriestraße 14 wohnhafte Sänger Anton Edel seine Braut Pauline Rude durch drei Revolvergeschüsse zu töten und erschoss sich dann selbst. Die Kubel ist nicht lebensfähig, ist am 24. August 1859 zu Auotrian-Lana in Steiermark geboren. Er wohnte schon seit Jahren in Berlin und trat in Singpielhallen auf. Das Mädchen, das ebenfalls aus Steiermark stammt, war in Berlin zunächst Kaffierin und dann Kellnerin. Beide wohnten längere Zeit in der Jägerstr. 30. Da Edel keine Miete bezahlte, so mußte er hier am Freitag voriger Woche seine Wohnung räumen und zog nun nach der Artilleriestr. 14 zu dem Fuhrherrn Michaelis. Der Mann war in der letzten Zeit ohne Beschäftigung und lebte leichtsinnig. In der Heimat hatte er seine Frau und zwei Kinder zurückgelassen. Nach vor kurzer Zeit taubten ihm Angehörige eine Unterstüßung von 100 Mark. Er verjubelte sie in einer Nacht. Dieser Verlust und das Schuldenmachen gefielen dem Mädchen nicht, zumal seitdem sie erfahren hatte, daß Edel verheiratet und Familienvater war. Wiederholt war es schon zu Zwist gekommen. Einmal drohte der Mann seiner Geliebten mit dem Revolver in dem Café, in dem sie beschäftigt war, und veranlaßte dadurch, daß sie ihre Stellung verlor. Nachdem sie dann noch auf dem Potsdamer Bahnhof beschäftigt gewesen war, wurde sie Kellnerin. Nun hatte sie jedoch vor Edel gar keine Ruhe. Jeden Abend besuchte er sie in der Wirtschaft, in der sie bediente, und stets benahm er sich so, daß sie ihre Stellung bald wieder aufgeben mußte. Endlich beschloß sie, sich von ihm zu trennen und am nächsten Freitag nach Wien abzufahren. Sie wollte Edel diesen Plan verheimlichen, zu ihrem Unglück erfuhr er ihn aber dennoch. Als sie ihn nun gestern vormittags in seiner Wohnung besuchte, prügelte er sie durch, daß sie jämmerlich schrie, schloß ihr dann eine Revolverkugel vom Halse aus in den Kopf und eine zweite in den rechten Arm und tötete hierauf sich selbst durch einen Schuß in den Mund. Die Verwandte wurde, nur mit dem Hemd bekleidet, besinnungslos mit einer Drohkappe nach der Klinik gebracht, die Leiche des Manns nach der Ortsbestimmung durch eine Gerichtskommission um 1 Uhr nach dem Schauhaufe abgeholt.

In voller Uniform wurde gestern vormittag ein Postunterbeamter, anscheinend Briefträger, an der Mühlendammstraße als Leiche angefahren und getödtet. Nach einem Briefe, dessen Namenunterschrift nicht lesbar war, haben ihn Schulden in den Tod getrieben.

Eine spätere Nachricht besagt: Der Selbstmörder ist ein 24 Jahre alter Friedrich Schäfer, der bei seinem Schwager in der Kommandantenstraße 55 wohnte und seit Anfang Juni d. J. als Hilfsbote auf dem Postamt in der Dresdenerstraße beschäftigt war.

Wieder hat der Bergpoet ein Opfer gefordert. Wie man uns mitteilt, ist am letzten Sonntag der Kindkrieger Dr. Oskar Ramin im Kgl. Hof abgestürzt. Der so jäh Verstorbenen weckte auf Ferienurlaub mit seiner Familie in Obersdorf (Bayern). Auf einem Ausflug begriffen, hatte er von Nappeserschütte aus sich verirrt. Die Leiche ist bereits aufgefunden. Dr. Ramin gehörte zum Amtsgericht I in Berlin.

Ein Herr Mag. Salomon, Franzosstr. 12/13, ersucht uns, besamt zu geben, daß er mit dem am Sonnabend wegen Mißhandlung einer Arbeiterin verurteilten Unternehmer Mag. Salomon nicht identisch ist.

Durch einen Sturz aus dem Fenster hat sich gestern nachmittag kurz nach 1 Uhr der Kaufmann Samuel Laß, der Inhaber der Cigaretten-Compagnie Oriental in der Oranienburgerstr. 91, das Leben genommen. Der schon bejahrte Mann machte in der letzten Zeit den Eindruck eines gemüthkranken Menschen und erschien den Nachbarn oft wie geistesabwesend. Gestern nachmittag stürzte er sich

bei einem Besuch auf dem Grundstück Auguststr. 69 aus dem vierten Stock auf den Hof hinab und starb bald darauf an den Folgen der Verletzungen.

**Den Tod im Wasser** suchte und fand Dienstagabend ein unbekanntes Mädchen, das sich an der Nationalgalerie in die Spree stürzte.

**Beim Laternenputzen lebensgefährlich verunglückt** ist gestern, Mittwochmittag, um 4 1/2 Uhr der Putzer Karl Wittich aus der Großbeerenstraße. Der ziemlich starke Mann stand an der Laternen gegenüber dem Hause Mohrenstr. 27 in der Nähe der Charlottenstraße auf der vierten Sprosse seiner Leiter, belam wahrscheinlich einen Schwindelanfall und fiel rücklings auf den Bürgersteig hinab, mit dem Hinterkopf zuerst aufschlagend. Er zog sich einen äußerst schweren Schädelbruch zu und blieb bewusstlos in einer Wulstlage liegen. Droschkenfahrer vom benachbarten Hallesplatz brachten ihn nach der Unfallstation in der Kronenstraße; von dort mußte man ihn mit einem Koffwagen Rettungswagen nach der Charité überführen. Eine Laternenkeiße, die der Verunglückte beim Sturz in der Hand hatte, blieb merkwürdigerweise ganz.

**Feuerbericht.** Mittwochmittag geriet Graunstr. 28, Ecke Steinstraße, die Dachkonstruktion in Brand, der zu mehrfacher Alarmierung Anlaß gab, so daß 5 Löschiüge, darunter 3 Dampfsprayer ausrückten und die Gefahr schnell beseitigt. Dienstagabend wurden mehrere Hügel nach Alte Jakobstr. 87 geräumt, wo es sich jedoch lediglich um einen Schornsteinbrand handelte. Später waren Ratiborstr. 16 und Bernauerstr. 42 kleine Wohnungsbrände abzulösen. In der Ebertstraße ging auf freiem Felde ein Posten Stroh in Flammen auf. Oranienburgerstr. 91 brannte außerdem eine Holzterrasse und Schlemmerstr. 40 Geranienpfl.

**Am vergangenen Sonntag** unternahm die Teilnehmer am Elektrizitätskursus der 7. städtischen Fortbildungsschule, Gräfestr. 85/88, eine Fahrt nach Zehlendorf zur Besichtigung der dortigen Watt-Akkumulatoren-Werke. Von der Eisenbahn-Direktion war eine Fahrpreisermäßigung von 50 Proz. bewilligt worden, und die Verwaltung der Watt-Werke bot alles auf, um den Aufenthalt lehrreich und angenehm zu machen. Unter Führung der Betriebsleiter besichtigten die Besucher die einzelnen Werkstätten, in denen Akkumulatoren hergestellt, formiert und geladen wurden. Besonders Interesse erregten die von den Werken fabrizierten trockenen Akkumulatoren. Auch im Bau befindliche Dynamos und Elektromotoren wurden gezeigt. Darauf nahm man die Kraftstation in Augenschein, wo das Wasser der Havel bei 3 Meter Gefälle zwei Heberdruckturbinen in Bewegung setzt, die wiederum je einen acht-poligen Dreileiter-Dynamo von 340 Amp. bei 220 Volt Nennspannung antreiben. Am interessantesten aber war die Besichtigung der von den Werken gehörenden Werft. Hier werden nämlich Boote für Passagier-, Last- und Schleppzwecke erbaut und mit Akkumulatorenbetrieb versehen. Die Besucher konnten mit ansehen, wie die letzte Hand an ein elektrisches Boot gelegt wurde, das am nächsten Tage die Ankreise via Steintin nach Kopenhagen antreten sollte. Den Schluß des Ausfluges bildete eine gemeinsame Fahrt auf der Havel in einem elektrischen Boot.

**Die flammeischen Schauspieler** bleiben nur noch kurze Zeit hier im Zoologischen Garten. Sie werden sich auf Einladung des Jaren von hier nach Petersburg begeben.

**Der Circus Büch** eröffnet bestimmt am Sonnabend, 15. September, abends, seine Berliner Herbstspielzeit mit einem anderleuten Programm.

**Das Carl Weisk Theater** in der Frankfurterstraße müht sich tapfer weiter in der von ihm freiwillig übernommenen Rolle eines dramatischen Volkstheaterzigers. Nachdem Voerenkrieg und Chinaglorie abfolviert waren, kam gestern Paris an die Reihe. „Müller und Schulze auf der Pariser Bestausstellung“ heißt die Ausstattungsspeise, die dadurch reüssieren soll, daß dem Lokopatriotismus von Berlin O mit derber Hand in die Waden gelassen wird. Müller und Schulze sind nämlich zwei Helden des Central-Viehhandels und da von diesem nützlichen Institut, wie es heißt, auch noch andre Verhältnisse trennend coupiert auf der Bühne erscheinen, so hofft man, daß das Stück vorab Zuspruch findet wie warme Anobländer. Was Müller und Schulze in Paris suchen, kann man leicht erraten. Der Blumenfale müde, wollen sie sich am Seinestrand in den Strudel stürzen; von solchen Dingen darf aber Mutter nichts wissen und daher wird den draben Gattinnen eine Finte vorgemacht. Selbstverständlich gehen die Schlästermadams auch nach Paris, überraschen dort ihre Ehemänner auf verbotenen Pfaden, und der Schluß ist froh und endliche Ausöhnung. Neue Dekorationen geben zu Anfang die Vorsehballe unfres Viehshofs und am Schluß den Wasserpalast der Pariser Ausstellung mit der im Ostend Theater üblichen überausenden Natutrene wieder. Ein in seiner Art flottes Spiel that das übrige für den Erfolg des neuen Stücks.

### Ans den Nachbarorten.

**Wozu die Spandauer Polizei da ist.** Wenn ein Arbeiter in die Militärwerkstätten eintreten will, wird ihm ein polizeiliches Führungsscheit abverlangt. Früher bezog sich der Inhalt eines solchen Scheites darauf, ob sein Inhaber etwa mit dem Strafgesetzbuch in Verührung gekommen oder ob er unbescholten war. Anders in Spandau. Dort hat man diesen Scheit u. a. folgenden Inhalt gegeben:

1. Dem Schneider R. R. wird hierdurch bescheinigt, daß derselbe seit dem . . . . bis jetzt hier als selbständiger Schneider gearbeitet hat und der sozialdemokratischen Partei angehört! —  
gez. Lindau,  
Polizei-Inspektor.
2. Dem Arbeiter (Schuhmacher) R. R. wird, befuß Arbeitsnahme in einer königlichen Fabrik, auf Grund amtlicher Ermittlungen hierdurch bescheinigt zc. S. ist Mitglied des sozialdemokratischen Arbeitervereins!  
gez. Koelke,  
Oberbürgermeister.

Ein häßliches Stück behördlicher Arbeiterfürsorge, das dem Staatsbürger, der sich ehlich ernähren will, den Eintritt in die von ihm ausersene Arbeitsstätte unmöglich macht. Selbstverständlich wird durch eine derartige polizeiliche Thätigkeit nichts erreicht als Verbitterung. Denn für so thöricht wird man auch kaum die Militärverwaltung halten, daß sie glaubt, durch solche Mittel die große Zahl der in ihren Betrieben beschäftigten sozialdemokratischen Arbeiter vermindern zu können. Mögen Einzelne immerhin getroffen werden; im ganzen wirken derartige Maßnahmen nur agitatorisch für uns.

**Städtische Grundstücksfälle in Spandau.** Aus Spandau wird uns geschrieben: Ueber die letzte Stadtverordneten-Sitzung, in welcher wiederum ein ohne die Einwilligung der Stadtverordneten vom Magistrat und einer Deputation abgeschlossener Grundstückskauf auf der Tagesordnung stand, berichteten wir bereits. Dieser „neueste Grundstückskauf“ mußte natürlich die größte Aufmerksamkeit der Spandauer Steuerzahler erregen. Ganz harmlos forderte der Magistrat in der letzten Stadtverordneten-Sitzung in einer Vorlage „die Bewilligung von 30000 Mark aus dem Stammvermögen für den Ankauf der Baustelle Schärstraße 10.“ Der Referent Stadtv. Pöschel verschwiegen in seinem Referat in der Stadtverordneten-Sitzung anfänglich, daß dieser Ankauf bereits erfolgt ist und daß den Stadtverordneten nur noch übrig blieb, Ja und Amen zu sagen. Auf Befragen gab Herr Z. jedoch diese Thatsache ausdrücklich zu. Von den bürgerlichen Stadtverordneten Müller, Rager, Reupert und von unseren Genossen Rieger, Schulz und Duda wurde dieses Vorgehen der Deputation sehr scharf kritisiert und auf den unglücklichen Plan mit der neuen Straße hingewiesen. Die Freunde der Vorlage versuchten schließlich nur damit der Vorlage zur Annahme zu verhelfen, daß sie anfährten, der „Anstand“ gebete es, die Deputationsmitglieder

und besonders Herrn R., der noch ein junges Mitglied sei, mit dem Grundstück nicht sitzen zu lassen. Der Oberbürgermeister machte, nachdem dem Magistrat und der Deputation derart hart zugefügt war, das eigentlich selbstverständliche Zugeständnis, daß er in Zukunft nie mehr derartigen Grundstückskäufen, zu welchen nicht vorher ordnungsmäßig die Zustimmung der Stadtverordneten-Verammlung eingeholt werde, seine Zustimmung erteilen werde, und wenn, so fügte der Oberbürgermeister elegisch hinzu, der Stadt hieraus Hunderttausende von Mark Schaden erwachsen könnten. „Einige Herren würden sich darüber nur freuen, wenn den Deputationsmitgliedern, im Falle der Anlauf der Höfischen Baustelle nicht genehmigt werden sollte, eine Negreglage an den Hals gehängt werden würde, und noch mehr Freude würden diese Herren empfinden, wenn Herr Kleinfeld mit dem Grundstück sitzen bliebe.“ Stadtv. Rieger (Soz.) protestiert heftig gegen diese Beleidigung von Mitgliedern der Versammlung durch den Oberbürgermeister, welcher durch diese Äußerung denjenigen Stadtverordneten, welche er im Auge habe, eine gemeine Gefinnung unterstelle. Würde man, so fügte Genosse Rieger hinzu, eine gleich niedrige Bestimmung dem Herrn Oberbürgermeister unterziehen, dann beläme man es sicher mit dem Staatsanwalt zu thun. Genosse Rieger führte weiter aus, daß die Herren, welche die Vorlage aus Mitgefühl mit den betreffenden Deputationsmitgliedern verteidigten, ihr gutes Herz erst jetzt entdeckt zu haben scheinen, denn bei früheren Gelegenheiten, wo es sich darum handelte, die Löhne der Arbeiter um einige Pfennige zu erhöhen, da war von diesem guten Herzen nichts zu spüren. Jetzt aber wolle man mit vollen Händen Geld bewilligen. Uebrigens suche man es so darzustellen, als ob die Durchlegung der neuen Straße überhaupt nur 30 000 Mark Kosten verursachen würde; das ist aber falsch, denn es müßte event. unbedingt auch noch die Sternbergstraße angekauft werden, und diese allein würde etwa 200 000 Mark kosten. Der Redner beantragte namentliche Abstimmung; mit 21 gegen 13 Stimmen wurde der Magistratsantrag abgelehnt. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte geschlossen dagegen. — Der Magistrat hat sich mit diesem Votum jedoch, wie schon so oft vorher, nicht zufrieden gegeben, sondern präsentiert seine Vorlagen der heutigen Stadtverordneten-Sitzung zum zweiten Male! Ob sich jetzt die genügende Anzahl Jotager finden wird? — Die am 15., 17. und 18. September stattfindende Erfragwahl eines Stadtverordneten für die III. Abteilung giebt den Wählern wieder einmal Gelegenheit, den Herren „Jotager“ recht deutlich ihre Meinung auszudrücken, indem sie dem Kandidaten unserer Partei, welche allein sachlich und consequent und ohne jede privaten Hintergedanken auch auf kommunales Gebiet wirkt, dem Restaurateur Rudolf Radke, zu einem glänzenden Siege verhelfen!

**Ans Lichtenberg** wird uns geschrieben: Die Gemeinde Hohen-Schönhausen wird nun ebenfalls Gasbeleuchtung erhalten. Nachdem der Gutbesitzer Hohen-Schönhausen mit unserer Gemeinde einen Vertrag abgeschlossen hat, dem zufolge Lichtenberg auf dreißig Jahre die alleinige Gaslieferung vorbehalten bleibt, sieht auf der zu heute einberufenen Gemeindevertretung-Sitzung ein eben solcher Vertrag mit der Gemeinde Hohen-Schönhausen auf der Tagesordnung, der die Einführung der Gasbeleuchtung bis spätestens zum 1. Januar 1901 vorsieht. Zu derselben Sitzung haben die sozialdemokratischen Gemeindevertreter einen Antrag eingebracht, wonach die Mitglieder der Gemeindevertretung verpflichtet sind, sich weder an Gemeindearbeiten noch an Lieferungen für die Gemeinde zu beteiligen. Ebenso wenig sollen nach diesem Antrag die Gemeindevertreter sich an Unternehmungen beteiligen dürfen, die in einem Vertrags- oder Lieferungsverhältnis zur Gemeinde stehen. Bei dem bestimmten Rechtsleitersinn unserer bürgerlichen Gemeindevertreter ist an eine Annahme dieses Antrags gar nicht zu zweifeln.

**Gegen den ehemaligen Stadtschreiber Kahlow** von Charlottenburg wurde seiner Zeit bekanntlich aus Anlaß des Prozesses Gehlen das Disziplinarverfahren eingeleitet. Kahlow, welcher auch Schriftführer der Stadtverordneten-Versammlung war, nahm erst Urlaub. Später wurde er von der Leitung des Centralbüros entbunden und zum Vorsteher des Verwaltungsbüros der städtischen Gasanstalten ernannt. Stadtschreiber Schulze wurde von der Disziplinarbehörde mit der Untersuchung betraut. Die Untersuchung ist schon seit einiger Zeit abgeschlossen. Das Ergebnis scheint kein besonders günstiges für Kahlow zu sein, denn seit heute (Mittwoch) hat er die Leitung des Verwaltungsbüros niedergelegt, da er von der vorgesetzten Behörde vom Amt suspendiert worden ist.

**Die Mittelung** über einen neuen in der Villa Jenbart bei Wannsee verübten Einbruchsdiebstahl beruht, wie dem „Zettower Kreisblatt“ geschrieben wird, auf Erfindung. Herr Jenbart ist längst aus seiner Villa weggezogen und hat weder ein Fahrrad, noch bares Geld zurückgelassen. Wahrscheinlich hat der Verurtheilte einen Einbruch, der kürzlich in Neubabelsberg vorgekommen ist, nach Wannsee verlegt.

### Gewichts-Beitrag.

Ein bedauerndwerter Querulant ist der Schmitz Hermann Fenske aus dem Detmoldischen, der gestern wegen wissenschaftlicher Anschuldigung vor der ersten Ferien-Strassammer des Landgerichts I stand. Der Angeklagte hat einen Sohn, der in der Jungsbergzucht-Anstalt Marwitz bei Berlin untergebracht ist. Diese Anstalt untersteht der Seelsorge des Predigers Schütze. Der Angeklagte wollte seinen Sohn gern bald eingesehnet haben, um ihn dann aus der Anstalt herauszubekommen. Er schrieb deshalb dem Prediger Schütze einen Brief, worin er ihm den Vorwurf machte, daß dieser seinen Sohn, der bereits im Jahre 1888 geboren sei, widerrechtlich vom Konfirmationsunterricht zurückhalte. Der Prediger erwiderte dem Angeklagten, daß dessen Sohn seines Wissens erst im Jahre 1887 geboren sei. Darauf sandte der Angeklagte einen Taufschein ein, in welchem allerdings das Geburtsjahr des Sohns als 1886 angegeben war. Es war aber leicht zu sehen, daß eine Fälschung vorlag, aus der Zahl 7 war eine 6 gemacht worden. Prediger Schütze ließ sich einen andren Taufschein aus dem Geburtsorte des Knaben kommen, auch dieser lautete auf das Jahr 1887. Am wurde dem Landesdirektor, als erstem Vorgesetzten der Jungsberg- Erziehungsanstalt, von dem Vorkommnis Mitteilung gemacht, wobei Prediger Schütze die Vermutung aussprach, daß der Vater Fenske den Taufschein gefälscht habe. Auf Antrag des Landesdirektors wurde gegen Fenske Anklage wegen Urkundenfälschung erhoben. Das Landgericht II hatte keinen Zweifel an der Thörichtheit des Angeklagten, der zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Darauf richtete Fenske in seiner Beschuldigung im April ds. Js. an den Oberstaatsanwalt des Kammergerichts eine Anzeige, worin er um Verstrafung des Pfarrers Schütze wegen wissenschaftlicher Anschuldigung bat, aus dessen Beziehung hin sei er zu Unrecht verurteilt worden. Der Spieß wurde umgedreht. Der Angeklagte zeigte sich auch im Termin als ein zerkochter, unklarer Mensch, über dessen Zurechnungsfähigkeit man in Zweifel kommen konnte. Der Staatsanwalt wollte den Angeklagten mit 6 Monaten Gefängnis bestrafen, der Gerichtshof belieh es bei 3 Monaten Gefängnis.

**Rechtswagen** sollen nach einer Polizeiverordnung der Regierung zu Potsdam vom 17. März 1898 mit einem dichtschließenden Dedel versehen sein. Gegen diese Bestimmung sollte sich der Berliner Groß-Abfahrnternehmer Zettlener vergangen haben. Er hatte nach seinem Abladeplatz im Gemeindebezirk Treptow Wäfl in einem Wagen befördern lassen, der nur mit einem Planthub versehen war. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu einer Geldstrafe, das Landgericht als Berufungsinstanz sprach ihn jedoch frei, indem es davon ausging, daß ein über das Wäfl gebreiteter Plan dieselben Dienste thue, wie ein Dedel. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und hatte damit Erfolg. Der Strafsenat des Kammergerichts hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Der Präsident führte begründend aus, die Annahme des Vorderrichters, daß ein Plan zur Erfüllung der fraglichen Vorchrift genüge, sei nicht zutreffend.

**Eines recht groben Vertrauensbruchs** hat sich der Wertmeister Richard Hahn schuldig gemacht, der sich gestern vor der ersten Ferienstrassammer des Landgerichts I. zu verantworten hatte. Am 20. Februar d. J. hat sich hier ein Bannverein des Banneiler-Verbands Berlin und Umgegend gebildet. Zu dessen Kassierer wurde der Angeklagte bestellt, der die Mitgliederbeiträge in Empfang zu nehmen hatte. Schon als nach wenigen Monaten der Revisor eine Kontrolle vornahm, konnte er einen Fehlbetrag von 816 M. feststellen. Der Angeklagte gab zu, diese Summe unterschlagen zu haben und machte zu seiner Entschuldigung geltend, daß er sich in einer Notlage befunden habe. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis, der Gerichtshof hielt aber diese Strafe nicht für ausreichend und verurteilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis.

**Als ein stillsch vollkommen herabgekommener Mensch** stand gestern der schon betagte Drechsler Wilhelm Hahn vor der Ferien-Strassammer des Landgerichts I. Er ist schon wiederholt wegen Sittlichkeitsverbrechen bestraft worden und wurde gestern wiederum überführt, in sechs Fällen sich an einem zehnjährigen kleinen Mädchen sittlich vergangen zu haben. Er wurde diesmal zu vier Jahren Zuchthaus und Ehrverlust auf gleiche Dauer verurteilt.

### Versammlungen.

**Reichstag, Reichsverfassung und Chinapolitik der Reichsregierung,** lautete das Thema eines Vortrags, den Genosse R. H. Fischer am Dienstag in einer Versammlung des Wahlvereins für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt. Der Redner legte dar, daß die Chinapolitik sowie überhaupt die Weltpolitik ihre Ursache habe in dem Bestreben des Kapitalismus, immer neue Absatzgebiete zu schaffen. Die kapitalistische Welt träume von einem großen Kolonialreich. Neben diesen wirtschaftlichen Ursachen treiben auch politische zur Weltpolitik, nämlich das Bestreben, durch Abenteuer im Ausland die Aufmerksamkeit von der Misere im Inlande abzulenken, und der Wunsch, die seit Jahren ungeheuer vermehrten Reichsmittel des Militarismus einmal praktisch auf ihre Leistungsfähigkeit zu erproben. — Wenn die Kapitalisten ein Interesse an der Weltpolitik haben, so seien doch die Arbeiter aller Länder einig in der Beurteilung derselben, ebenso wie die Sozialdemokraten als Gegner jeder Ausbeutung und jeder Gewaltpolitik einig seien in der Beurteilung der Chinapolitik. Wir wissen, daß es nur leere Phrasen sind, wenn gesagt wird, die christliche Kultur solle nach China getragen werden. Was man den Engländern zum Vorwurf gemacht hat: daß sie den südafrikanischen Feldzug nur im kapitalistischen Interesse begonnen haben, das treffe auch für die deutsche Chinapolitik zu. — Der Redner besprach nun die Entwicklung der Wirren in China und zeigte unter Hinweis auf die belamnten Thatsachen, daß trotz aller offiziöser Denkeleien ein Krieg gegen China geführt werde, ohne daß man sich veranlaßt gefühlt habe, wie es die Reichsverfassung vorschreibt, die Zustimmung des Bundesrats einzuholen und den Reichstag am Bewilligung der zur Kriegführung erforderlichen Gelder anzugehen. Niemand werde etwas dagegen einzuwenden haben, daß Deutschland für die Ermordung des Gelamnten Sühne fordere, aber ein Kachfeldzug, wie der jetzige von vornherein angeklagt worden sei, entspreche weder dem Empfinden des Volks, noch der politischen Klugheit. Und was für entsetzliche Folgeerscheinungen habe dieser Krieg mit sich gebracht. Es seien ja Soldatenbriefe veröffentlicht worden, deren Schreiber sich rühmen, Greise, Weiber und Kinder niedergestochen und geschossen zu haben. Eine entsetzliche Verletzung des Gewissens werde durch solche Thatsachen beudet. Wehlose Weiber und Kinder töten, das sei kein Krieg, sondern Mord, und die daran Schuldigen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Angesichts der durch die Vorgänge in China geschaffenen Situation müssen wir die Einberufung des Reichstags fordern. Aber bis jetzt sei noch keine Rede davon. Große Hoffnung dürfe man allerdings auf die Haltung des Reichstags in dieser Angelegenheit nicht setzen. Von der Freimüthigkeit kann man nicht viel erwarten. Habe doch Eugen Richter, als beim Ausbruch der Wirren das Verlangen nach Einberufung des Reichstags laut wurde, in seiner Zeitung geschrieben, er wisse nicht, über was die Regierung dem Reichstag Auskunft erteilen solle. Auf die Haltung des Centrums lasse der Verlang des toeben beendeten Katholikentags in Bonn schließen. Da sei von allem Möglichen gesprochen worden, aber kein Wort von der Chinapolitik und der Stellung des Centrums zu derselben. Außerdem lähme seine Haltung bei der Flottenvorlage jeden Widerstand gegen die Weltpolitik, ebenso die Stellung zu den Missionen, über deren Rolle bei dem chinesischen Aufstand Redner des näheren sich ausließ. Die Konserverliten seien zwar im Herzen nicht gerade für die Weltpolitik, aber sie seien einseitig zu sehr von höfischer, salonihafter Bestimmung befaßt, als daß sie in diesem Punkt der Regierung Opposition machen würden, und anderseits auch klug genug zu wissen, daß sie ja auch nicht die Kosten für weltpolitische Abenteuer tragen, während sie sich ihre patriotischen Verhältnisse von der Regierung die entsprechenden Vorteile erbilligt erhalten. Wenn aber auch vom Reichstag nicht viel zu hoffen sei, dürfe uns das aber nicht hindern, die Einberufung derselben zu verlangen, unsre Stellung gegenüber den chinesischen Wirren und der Weltpolitik unverändert beizubehalten und für unsre Auffassung, die in weiten Volkskreisen geteilt werde, zu agitieren, bis das ganze Volk auf unsrer Seite steht.

Mit lebhaftem Beifall nahm die gut besuchte Versammlung den zweistündigen Vortrag auf. Eine Diskussion über denselben entstand nicht.

**Adlerhof.** Im Verband der Buchbinder sprach am 2. September das Mitglied Bräuner über den Gewaltakt der deutschen Buchbindereibesitzer. Dem beifällig aufgenommenen Vortrag folgte die Erledigung einiger Verbandsangelegenheiten. Unter andern wurde beschlossen, daß die „Buchbinder-Zeitung“ durch die am Orte bestehende Partispedition den Mitgliedern zugestellt werden soll.

**Verband deutscher Barbiers, Friseur und Perrückenmacher.** Zweigverein Berlin. Donnerstag, den 13. d. M., abends 10 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenhaldenstr. 57: Versammlung.

### Vermischtes.

**Die Nachrichten über den Orkan in Texas** lauten immer schrecklicher. Gerüchte aus Galveston melden nach New York: „Der Orkan begann Sonnabendnacht um 2 Uhr von Norden herkommend, entgegengesetzt dem vom Golf her wehenden Sturm. Der Landsturm türmte das Wasser auf der Strandseite, der See Sturm auf der See Seite auf. Das von zwei Seiten zusammengedrückte Wasser brach ein. Die Häuser brachen zusammen, die Straßenbahnwagen wurden aus dem Geleise gerissen, sämtliche Straßen, die die Stadt mit dem Festland verbinden, stürzten zusammen. Während der Katastrophe war alle Straßenbeleuchtung erloschen und tiefe Finsternis bedeckte die ganze Stadt. Die höchste Wasserhöhe trat Sonntag 2 Uhr nachts ein. Die höchstengelegenen Punkte waren vier bis fünf Fuß unter Wasser. Die ganze Stadt war von brandender See überflutet. Wer sein Haus verließ, war verloren. Bei Sonnenaufgang lagen Hunderte von Toten in den Straßen. Ein Wellenbruch schwenkte die Leichen fort. Wie viele unter den eingestürzten Häusern liegen, ist kaum abzuschätzen. Aus den tiefsten gelegenen Stadtteilen schwenkte eine neue Hunderte von Leichen fort, die nie agnosziert werden dürften. Nicht nur aus Galveston, sondern von der ganzen Küste kommen ähnliche Nachrichten. Gegen 100 kleinere Orte sind fast ganz weggeschwemmt. 100 000 Vassen Baumwolle und 20 Proz. der Reisernte sollen vernichtet sein.“ — Weitere Depeschen aus der vom Orkan heimgesuchten Gegend lassen sämtlich die Katastrophe noch weit größer erscheinen. Die inmitten einer großen abstrichen Gegend belegene Stadt Alvin ist ganz zerstört. Sie hatte 2000 Einwohner. Die Zahl der Getöteten ist aber noch nicht bekannt. Die Orte Gladine, Alamo und Hitchcock sind, wie man jetzt weiß, auch zerstört. Viele der großen Zuderpflanzungen an



